

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissland,
in Breslau bei Emil Rabath.

Posener Zeitung.

Achtziger Jahrgang.

Nr. 72.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Februar u. März werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark 61 Pf., sowie von sämtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark utgegeben, worauf wir hierdurch ergebnis aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung

Die Reichstagswahlen

Über dies Thema erhalten wir folgende Darstellung vom fortgeschrittenen Standpunkte:

2 Berlin, 28. Januar. Das Ergebnis der Wahlen tritt deutlicher noch als in der Parteiangehörigkeit der gewählten Abgeordneten in der Zahl der für Kandidaten der verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmen hervor. Während für die Wahl der Abgeordneten, insbesondere bei engeren Wahlen Parteigruppierungen der verschiedensten Art entscheidend sind, geben die Gesamtziffern der für die einzelnen Parteien im ersten Wahlgang abgegebenen Stimmen ein unmittelbares Bild der im Volke lebenden Anschaufungen. An diesem Maßstab gemessen, lässt sich freilich nicht verhehlen, daß mehr als die Hälfte der Wähler als Ultramontane, Sozialdemokraten oder als Angehörige der verschiedenen Protestparteien sich in scharfem grundsätzlichen Gegensatz zum gegenwärtigen Regierungssystem befindet. Vor 3 Jahren umfassten die in diesem Sinne abgegebenen Stimmen erst 44 Prozent der abgegebenen Stimmen. Heute befindet sich nach dieser Statistik die Fortschrittspartei schon gar nicht mehr auf der linken Seite oder in der ausschlaggebenden Mitte, sondern ist bereits erheblich in die rechte Hälfte hineingedrückt. Dabei haben wir die grundsätzliche Opposition vom konservativen Standpunkt, welche sich unter Kleist-Reizows Führung zu formieren beginnt, noch nicht einmal der linken Seite zugerechnet. Es lässt sich nicht leugnen, daß zunächst Umstände der verschiedensten Art, welche der gegenwärtigen Regierung nicht zum Vorwurf gereichen, eine grundsätzliche Opposition in diesem Umfang wachgerufen haben. Zu den mit den Ereignissen von 1866 und 1871 zusammenhängenden tiefgreifenden politischen Aenderungen ist seit 1870 der sog. Kulturmampf gekommen und endlich noch das Darniederliegen der Geschäfte, der Rückgang in den Erwerbsverhältnissen. Andererseits lässt sich nicht leugnen, daß die Haltung der Regierung den so entstandenen oppositionellen Richtungen gegenüber mitunter beigetragen hat, die Flammen zu schüren anstatt sie zu dämpfen. In erster Reihe ist es jene Anschaufungsweise, welche anstatt das Uebel an der Wurzel anzutreifen, auf die äußeren Symptome losläuft, in regressiven Polizeimafregeln und systematischer strafrechtlicher Verfolgung die Hauptaufgabe der Regierungskunst erblickt. Die Verbreitung der Sozialdemokratie ist dadurch erheblich gefördert worden; auch den Ultramontanen und den Protestparteien hat der gleichen mitunter neue Ermunterung und Belebung verschafft. Der größere Theil der Fehler des gegenwärtigen Regierungssystems aber entfällt auf das Verhalten der Regierung zu denjenigen Parteien, welche ihr als liberale Parteien im Kampfe gegen Ultramontanismus, Sozialdemokratie und Protestparteien natürlich Stütze sind. Unter einer aufrichtigen liberalen Regierung würden diese Parteien die ganze Energie des Kampfes nach links hin entwickeln können. Indem aber diese Parteien zur Zeit stets gewichtig sein müssen eins Versuchs, bereits bestehende freiheitliche Rechte zu beschränken oder reaktionäre Einrichtungen anzubauen, sind sie gezwungen ihre Kräfte zu weilen zu einer Aufstellung ebenso nach Rechts wie nach Links. Mitunter gestaltet sich der Ansturm von Rechts her so besonders heftig, daß es mehr als zweifelhaft wird, nach welcher Seite die Hauptwiderstandskraft zu entwickeln ist. Die Fortschrittspartei kommt eben aus einem Wahlkampf, bei welchem sie mit ihren besten Kräften zum Kampfe wider die Sozialdemokratie in etwa 50 Wahlkreisen engagiert hatte; in einer nicht unerheblichen Anzahl von solchen Kreisen lag ihr sogar die Führung des Kampfes für sämtliche antikommunistische Parteien ob. Gleichwohl kommt die erste Betrachtung der offiziösen "Provinzialcorrespondenz" über das Anwachsen der Sozialdemokratie zu der Schlussfolgerung — weil die Sozialdemokratie so gefährlich ist, darum — nieder mit der Fortschrittspartei. Dabei ist solchen Artikeln gegenüber nicht einmal anzunehmen, daß man es diesmal bloss mit dem mechanischen wiederholten Sprüchlein eines in Reptilienkreisen dazu angelernten Staatsmutes zu thun hat. Noch ein anderer Umstand darf nicht unerwähnt bleiben. Die grundsätzliche Opposition bei den diesmaligen Wahlen findet, wie bemerk, einen günstigen Boden in der augenblicklichen Erwerbsverhältnissen. Aber nicht nur Ultramontane und Sozialdemokraten, sondern auch Konervative suchen Letztere auf staatliche Maßnahmen und Einrichtungen zurückzuführen. Zum Dank dafür, daß die Fortschrittspartei die Regierung in ihrer Wirtschaftspolitik unterstützt hat, wird sie von der governementalen durch die Regierungssorgane überall unterstützte Partei als Verführer der Regierung zu einer falschen Wirtschaftspolitik hingestellt. Eine derartige dem Parteizweck jegliches Mittel unterordnende demagogische Agitationsweise wird sich freilich zuletzt an ihren Urhebern bitter rächen, mag auch jeweils dieser oder jener kleine Wählerfolg die Frucht davon sein. Unsere Regierungssorgane würden aber nicht derart in Wahlkämpfen verslochen werden, wenn nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung selbst

ins Schwanken gerathen wäre. Erscheint doch Manchem als Hauptgefahr vom neuen Reichstag die Möglichkeit einer governementalen, ultramontanen und sozialdemokratischen Elementen gebildeten Koalition zur Ausbildung einer reaktionären Wirtschaftspolitik. Man kann unsern Schlussfolgerungen aus der oppositionellen Stimmenzahl entgegen halten, daß sehr viele Wähler sich der Abstimmung enthalten haben und daß nicht alle Abstimmenden ernstlich meinten, was ihre Kandidaten anstreben. Es ist vollkommen richtig, daß die wirklich politischen Parteien nicht dieselbe Energie im Kampfe entwickelt haben, wie die Parteien, welche ihre besonderen außerhalb der Verschiedenheiten der politischen Parteien liegenden besonderen Ziele anstreben. Erst der einmal entzündete Wahlkampf hat bei engeren Wahlen höhere Kampfesenergie hervorgerufen und der bald dieselben fast überall zu Ungunsten der letztgenannten Parteien entschieden. Das außerhalb jener stehende Volk will entschieden keine sozialdemokratischen, ultramontanen u. c. Wahlen, aber es interessiert sich nicht mit gleicher Stärke wie an dem negativen auch an dem positiven Ergebnis der Wahlen. Dieses Interesse aber ist nicht vorhanden, weil das Wahlergebnis nicht gleichbedeutend ist mit einer positiven Aenderung des Regierungssystems. Entschieden liberale Mehrheiten bedeuten zwar, daß gewisse reaktionäre Absichten sich nicht verwirklichen können, bedeuten aber keineswegs, daß die Regierung nur selbst eine entschieden liberale Richtung nehmen muß. Würde letzteres der Fall sein, würden wir uns überhaupt eines aufrichtigen parlamentarischen Regierungssystems erfreuen, so würde mit der größeren Gefahr aus staatsfeindlichen Wahlen und der höheren Prämie für — liberale Wahlen von vorn herein ein ganz anderes Wahlinteresse vorhanden gewesen und mit der stärker treibenden Kraft auch der Wählerfolg ein den staatsfeindlichen Elementen weniger günstiger gewesen.

Einer vom Handelsminister dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Denkschrift, betreffend die zulässigen Reduktionen in dem Personale der Staatsbeamten, in Folge des Überganges der Staatschancen an die Provinzial-Verwaltungen, entnehmen wir folgende Daten:

In der Provinz Preußen kommen in Fortfall die Stellen eines Regierungs- und Bauraths und 11 Baumeister, dagegen sollen die Bau-Inspectorenstellen um vier neue Stellen vermehrt werden. In der Provinz Pommern fallen 2 Baumeisterstellen, in der Provinz Posen 4 Baumeisterstellen und in der Provinz Brandenburg 2 Baumeisterstellen fort. In der Provinz Schlesien kommen in Fortfall die Stellen eines Regierungs- und Bauraths, 2 Inspectoren und 3 Baumeister. In der Provinz Sachsen kommen in Fortfall 8 Baumeisterstellen, dagegen sollen die Bau-Inspectorenstellen um eine neue Stelle vermehrt werden. In der Provinz Westfalen fallen fort: zwei Regierungs- und Baurathsstellen und 9 Baumeisterstellen, dagegen werden die Bau-Inspectorenstellen um eine neue Stelle vermehrt. In der Rheinprovinz kommen in Fortfall die Stellen von einem Regierungs- und Baurath, von einem Bau-Inspectator und von 16 Baumeistern. In der Provinz Schleswig-Holstein fallen fort die Stellen von einem Regierungs-Baurath und 5 Baumeistern; in der Provinz Hessen-Nassau fallen fort die Stellen von 2 Bau-Inspectoren und 9 Baumeistern und in der Provinz Hannover fallen fort die Stellen von 1 Bau-Inspectator und 6 Baumeistern. Im Ganzen kommen in Fortfall die Stellen von 6 Regierungs- Bauräthen und 76 Baumeistern, der bisherige Personalbestand der Staats-Bau-Inspectoren dagegen bleibt unverändert bestehen. Nach dieser Zusammenstellung werden namentliche Reduktionen in dem vorhandenen Baumeisterpersonal nur innerhalb einiger Regierungsbereiche, besonders in den westlichen Provinzen, eintreten, in welchem die Thätigkeit der Baumeister vorzugsweise durch den Neubau und die Unterhaltung von Staatschausseen in Anspruch genommen war. Dagegen bietet in den östlichen Provinzen bei der erheblichen Anspruchnahme einer größeren Anzahl von Baumeistern durch ihre anderweitigen Dienstgeschäfte, der Fortfall der Chausseebauarten nur die erwünschte Gelegenheit, ihnen die geeignete und schleunige Erledigung ersterer die Möglichkeit zu schaffen.

Der Preis der Arbeit im preußischen Staatsdienste im Jahre 1875.

Es wurde bereits früher (Nr. 35 der Stat. Corr. 1876) nachgewiesen, daß sich 1875 im preußischen Staatsdienste befanden:

	im Hauptamt	im Nebenamt
höhere Beamten	10 885	1 060
Subalternbeamte	25 357	83
Unterbeamte	39 226	134
sonstige Beamte	371	—

ferner daß dieselben zusammen bezogen

131.437 781 M. an Besoldungen und

14.559 749 M. an Wohnungsgeld-Zuschüssen (ungegerechnet die an ca. 10 Prozent aller Beamten gewährten freien Dienstwohnungen), und daß außerdem auf verschiedenen Titeln des Etats noch 34.509 991 M. für persönliche Ausgaben ausgebracht sind, so daß derbare Gesamtaufwand für die Staatsbeamten sich auf 180.507 521 M. belief. Diese gleichsam vorläufig und summarisch gewonnenen Zahlen sind auf Grund der Anlagen zum Etat einer näheren Durchforschung unterzogen worden, wobei sich einige Abweichungen von obigen Angaben herausstellten, die im Wesentlichen darauf zurückzuführen sind, daß in den seltensten Fällen genau festgestellt werden konnte, ob die Stellen im Nebenamt stets von solchen Personen bekleidet werden, die auch ein Hauptamt haben, oder ob die Führung eines Nebenamtes nicht auch ohne gleichzeitige Führung eines Hauptamtes statt hat. Soweit es möglich war, ward nun auch festgestellt, wie sich die Besoldungen in den einzelnen Dienstweisen abstuften. Es bezogen von den Beamten

	im Hauptamt	im Nebenamt
keine Besoldung	43	186
eine Besoldung von unter bis 250 Mark	58	58
über 250 — 500 M.	383	261
500 — 750	6 971	519
750 — 1 000	17 592	759
1 000 — 1 500	23 794	262

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
heim „Invalidendenk“.

Inserate 20 Pf. die schrägschmale Zeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

über 1 500 — 2 000	=	6 421	143
2 000 — 2 500	=	3 933	41
2 500 — 3 000	=	6 086	58
3 000 — 3 500	=	4 221	2
3 500 — 4 000	=	884	9
4 000 — 4 500	=	1 400	7
4 500 — 5 000	=	400	1
5 000 — 6 000	=	1 790	8
6 000 — 7 000	=	53	1
7 000 — 8 000	=	36	—
8 000 — 9 000	=	244	—
9 000 — 10 000	=	62	—
10 000 — 11 000	=	22	—
11 000 — 12 000	=	57	—
12 000 — 13 000	=	1	—
13 000 — 14 000	=	4	—
14 000 — 15 000	=	23	—
15 000 M.	=	27	—

Hinzutreten noch 23 Beamte im Hauptamt und 13 im Nebenamt, deren Gehaltsfälle nicht zu ermitteln waren, so daß in Summa 74,528 Beamte im Hauptamt und 238 im Nebenamt thätig waren.

Anaekts des mehrfach bewiesenen Satzes, daß der Preis der Arbeit sich im Großen und Ganzen hauptsächlich nach den Selbstkosten derselben bemittelt und regulirt, und daß der Grad der Bildung den wesentlichsten Faktor der Selbstkosten bildet, ist es von Interesse, die Gehaltsstufen für die Beamten mit akademischer, mittlerer und Elementar-Schulbildung insoweit zu unterscheiden, als diese Unterschiede durch die Kategorien "höhere, Subaltern- und Unterbeamte" gegeben sind. Folgende Übersicht der Besoldungen im Hauptamt befriedigt dieses Interesse.

Gehaltsstufen in Mark.	Höhere Subaltern- beamte	Unter- beamte	Sonstige Beamte
ohne Besoldung mit einer Besoldung von	43	—	—
unter	250	2	54
über 250 — 500	1	9	357
500 — 750	3	315	6556
750 — 1000	35	3396	14.056
1000 — 1500	36	5608	18.122
1500 — 2000	86	6261	70
2000 — 2500	267	3639	2
2500 — 3000	1211	4865	25
3000 — 3500	3609	611	10
3500 — 4000	777	106	1
4000 — 4500	868	510	22
4500 — 5000	312	86	2
5000 — 6000	1766	24	—
6000 — 7000	50	3	—
7000 — 8000	36	—	—
8000 — 9000	243	1	—
9000 — 10.000	62	—	—
10.000 — 11.000	22	—	—
11.000 — 12.000	57	—	—
12.000 — 13.000	1	—	—
13.000 — 14.000	4	—	—
14.000 — 15.000	23	—	—
15.000 . . .	27	—	—

9539 25.436 39.217 313

Hier nach beträgt die Durchschnittsbesoldung (ausschließlich der Wohnungsgeld-Zuschüsse) der Beamten im Hauptamt

bei den höheren Beamten 4.082 M.

" " Subalternbeamten 1.884

" " Unterbeamten 1.020

" " sonstigen Beamten 1.286

Das stimmt mit den von uns früher berechneten Selbstkosten der Arbeit, sowie mit dem erfahrungsmäßigen, schon früher veröffentlichten Preise der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen sehr gut zusammen. Die vorhandenen Differenzen lassen sich leicht erklären. Näher geht hierauf III. und IV. (Doppel-) Heft des Jahrgangs 1876 der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus ein, auf welches wir verweisen. Berücksichtigt man, daß jeder etatsmäßige preußische Beamte, wenn er nicht eine freie Dienstwohnung hat, einen Wohnungsgeldzuschuß von bestimmter Höhe erhält, der sich theils nach der Rangklasse des Beamten, theils nach der Servitalklasse des Ortes richtet, an dem er sein Amt ständig ausübt, so kann man die Durchschnittszüge wohl den Verhältnissen angemessen nennen. Allein Durchschnitte dieser Art haben das Unangenehme, daß sie, besten Falles nur nach einer Seite befriedigen. Die Beamten mit weniger als dem Durchschnittsgehalte werden ihre jeweiligen Bezüge immer zu niedrig finden.

lichen, Honorare der Professoren, Tantiemen der Lokomotivfahrer).

Alle diese Koeffizienten zu einer Formel zu vereinigen, ist keineswegs schwer; schwieriger ist es, im konkreten Falle für den Koeffizienten immer den richtigen Zahlenwert einzufügen.

Häufig begegnet man in der Presse wie in Petitionen an die Reichs- und Landesvertretung dem Verlangen, daß das Reich, bzw. der Staat auch die Fürsorge für die hinterlassenen Wittwen und Waisen ihrer gestorbenen Beamten übernehme, d. h. daß der Wittwe eine Pension, den Waisen bis zu einem gewissen Lebensalter ein Erziehungsosten-Beitrag aus öffentlichen Mitteln gewährt werde. Die Erfüllung dieses Wunsches würde dem Reiche wie jedem Staate oder jedem andern Gemeinwesen ein fast ebenso großes Opfer aufzuerlegen wie der Staat durch Gewährung des Wohnungsgeld-Zuschusses auf sich genommen hat. Nach den vorliegenden Erfahrungen treffen auf 1000 Beamtinnen etwa 300 Wittwen. Soll die Wittwenpension nun aber $\frac{1}{2}$ des von dem Verstorbenen bezeugten Gehalts betragen, so ergiebt sich, daß zur Besteuerung der Wittwenpensionen allein aljährlich rund 6 p.C. der Summe aller Bevölkerungen, d. h. gegen 8 Mill. Mark nötig wären. An Erziehungsgeldern treten mindestens noch 25 bis 30 p.C. dieser ebengenannten Summe hinzu (beim Bergbau beträgt die Summe ersterer über 50 p.C. der Wittwenpensionen), so daß sich die jährliche Gesamtausgabe in Preußen, wenn obiger Wunsch realisiert werden sollte, auf 7½ bis 8 p.C. des jeweiligen Bevölkerungstals, im Maximum etwa auf 10½ Millionen Mark erhöhen würde, — eine Ausgabe für den Staat, zu welcher er in den nun angebrochenen mageren Jahren seiner Einnahmen wohl wenig Neigung verspielen dürfte. (Stat. Korr.)

Deutschland.

Berlin, den 28. Januar.

— Prinz Heinrich von Preußen, der zweitälteste Sohn des Kronprinzen, welcher nach Erlangung eines Zeugnisses der Reise für Übersee sich der seemannischen Laufbahn zu widmen gedenkt und zu diesem Zwecke die Marineakademie in Kiel besuchen wird, hat in der Person des Kapitän-Lieutenant Frhrn. v. Seckendorff einen besonderen Militärgouverneur erhalten. Bisher versah diesen Posten bei den beiden ältesten Söhnen des Kronprinzen der Generalmajor v. Gotberg, während Prof. Dr. Hünipeter der Zivilgouverneur war.

— Im Reichskanzleramt werden in nächster Zeit zwei neue Rathäusern zu besezen sein — die eine durch Ernennung des Geheimer-Kriegs-Rath's Michaelis zum Direktor der neuen Finanz-Abteilung und eine neue Stelle. Wie die „K. B.“ hört, liegt es in der Absicht, eine handelspolitische Kapazität heranzuziehen.

— Das preußische Herrschaftsgebiet zählt gegenwärtig 289 Mitglieder, und zwar 66 erbliche, 37 Vertreter von Städten, 9 Vertreter von Universitäten, 3 von Domstiften, 11 von Familienverbänden, 7 von Grafenverbänden präsentirte Herren. Den alten und befestigten Grundbesitz vertreten 80 Mitglieder. Als Kronräte oder Inhaber anderweitiger preußischer Landesämter sitzen 17 Personen im Herrenhaus, und 59 Personen hat das allerhöchste Vertrauen die Mitgliedschaft verliehen. Nur 64 „Herren“ sind bürgerlichen Standes, einschließlich Adelige sind 74, Freiherren 29, Grafen 91, Fürsten 25, Herzöge 3 und Prinzen 3. Unter den Grafen und Adeligen ist je einer Standesherr.

— In Abgeordnetenkreisen zirkulierte am Tage der Stichwahl die Nachricht, daß in Berlin das Militär in den Kasernen konfiguriert worden sei, da man Ausschreitungen der Sozialdemokraten und ähnliche Ereignisse wie jüngst bei der Niederlage Hasselmanns in Elberfeld befürchtete. So viel bis jetzt bekannt, sind diese Befürchtungen unbegründet gewesen. — Wir haben schon mitgetheilt, daß im dritten Berliner Wahlkreise eine Neuwahl stattfinden werde, da Herr Herz das Mandat für Berlin nicht annehmen wolle. Wie verlautet, wird in diesem Fall seitens der Fortschrittspartei Herr v. Sanzen-Tarputz aufgestellt werden, der bekanntlich in seinem bisherigen Wahlkreise dem Polizeipräsidenten Staudy von Posen erlag. In Bezug auf diese Neuwahl heißt es in einem Artikel der „Post-Zeitung“:

In der ersten Wahl hat Berlin zwei alte Sitze definitiv verloren, um drei andere hat es in engeren Wahlen kämpfen müssen und noch einmal wird ein Wahlkreis zu einer Nachwahl aufgerufen werden. Dieser letztere Fall freilich war mit politischer Berechnung vorher angelegt und ist nicht zu tadeln. (?) Unsere Mitbürger haben schon öfter der Partei ihrer Wehrheit den Dienst geleistet, hervorragende Abgeordnete zu retten, welche in ihren alten Wahlkreisen von reaktionären Parteien gefährdet waren oder parlamentarische Größen an schwache Wahlkreise abtreten. So hat der Abg. Herz seiner Zeit ein Mandat von Berlin empfangen, als sein bayerischer Kreis von den Ultramontanen erobert war. Er ist seitdem den Berlinern bekannt

Theater.

Der in der Stadt Posen entstandene dreiköpfige Schwank „Wenn man im Dunkeln läuft“ von Elsner und Mallachow, wurde zuerst am 26. August v. J. hier selbst aufgeführt. Die mannigfachen Umwälzungen, welche seitdem in unserem Theaterwesen eintreten, ließen eine Wiederholung des Stücks nicht zu, doch hat dasselbe inzwischen in Berlin, Breslau, Hamburg u. erfreuliche Erfolge erzielt. Am Sonntag ging der Schwank auf der hiesigen Bühne abermals in Szene, und an demselben Abende sollte er seine Première in Königsberg i. Pr. erleben. Das Haus war fast ganz gefüllt, die Aufnahme beim Publikum die freundlichste. Es wurde viel und herlich gelacht und den Darstellern hat es an Beifall nicht gefehlt.

Die Aufführung verlief überall sorgfältige Vorbereitung, die Komödie spielte sich rasch und glatt ab, und das ist bei derartigen Sachen von großer Wichtigkeit. Die einzelnen Mitwirkenden bewiesen sich augenscheinlich alle mit gleichem Eifer, wenn auch mit verschiedenem Erfolg. So bot Fr. Herrmann als Helene eine entschieden bedeutende Leistung. Die Künstlerin ging, wie es im Theaterjargon heißt, „aus sich heraus“ und spielte den naiven, dann und wann etwas vorlauten Bäckerin allerleicht. Die Verfasser muteten demselben keinerlei seelische Konflikte zu, und so konnte sich in der Darstellung ein liebenswürdiger und dabei dezentler Humor ungehindert entfalten.

Von größerem Stoff, aber jedenfalls den Intentionen der Verfasser entsprechend, war Johann Klopftleib, dargestellt durch Herrn Horn. Der Künstler hat in der letzten Zeit wiederholt Proben eines nicht gewöhnlichen komischen Talents gegeben, und dasselbe hat sich auch hier bewährt. Sein Johann war eine sehr ergötzliche Mischung von Dummkopf und Schlaue, die Form so drastisch, daß das Auditorium den Künstler, ebenso wie Fr. Herrmann, wiederholt auszeichnete. Der muntere Dr. Schönel und sein schlüchterner Freund Hellbach fanden in den Herren Groth (der zugleich die Inszenierung befehlt hatte) und Trauth sehr entsprechende Vertreter; dagegen gelang Herrn Horn die Bewältigung seiner Rolle als Kentier Sebold nicht

und sieb geworden, hat in der Justizkommission neben Klopftleib und Ewald die Gründsäfte der Fortschrittspartei gesetzgeberisch zu verwirklichen gesucht und sie im Reichstage vertreten. Dieser Abgeordnete mußte der Partei auf die Gefahr einer Nachwahl erhalten werden, falls es ihm gelingen sollte, von den bayerischen Ultramontanen einen Sitz zurückzugeben. Das ist geschehen, der dritte Wahlkreis muß sich auf eine Nachwahl gesetzt machen, wird dabei aber hoffentlich nicht in die Trägheit der ersten Wahl zurückfallen und den neuen Kandidaten auch erst in engerer Wahl zu vertheidigen haben. In dieser Nachwahl wird Berlin zunächst zeigen müssen, ob es die durchaus notwendige Energie gleich von Anfang an zu verwerben im Stande ist, oder ob es sich noch einmal den Purus einer engeren Wahl gestatten will, welcher bei diesen schlechten Zeiten nicht bloß durch die Kosten der Kommunallasten und der viel beträchtlicheren der Vereine und Privataten zu decken ist, sondern wobei der persönliche Aufwand an Kraft und Verlust an wirtschaftlicher Arbeit von den Vorbereitungen bis zur Abstimmung die höchste Summe ausmacht.

— Das Bezirks-Verwaltungsgericht wird in nächster Zukunft die nicht unwichtige Frage zu entscheiden haben, ob demandem die nachgeführte Theorie-Konvention wegen mangels in den Betriebskapitals verpflichten kann. Der Polizeipräsident von Madai, welchem nach dem Zuständigkeitsgesetz die Vorprüfung der Koncessionsgesuche obliegt, hat die Frage in zwei Einzelfällen bejaht, und es muß jetzt nach der Bestimmung des gedachten Gesetzes das Verwaltungsgericht über dieselbe endgültig entscheiden.

— Die 7. Kriminaldeputation des Stadtgerichts sprach am Sonnabend das Urteil in dem Prozeß gegen den Vorstand und die Leiter des „Berliner Arbeiter-Wahlvereins“ und des „Vereins des deutschen sozialistischen Arbeitervereins“, die gleichzeitig ihren Sitz hier und in Hamburg hatten und welche von der Anklage als eine strafbare Fortsetzung des polizeilich aufgelösten allgemeinen deutschen Arbeitervereins bezeichnet wurden. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an, und verfügte demgemäß die Schließung beider Vereine; außerdem verurteilte er wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz den Schriftsteller Heinsch zu sechs Wochen, den Privatsekretär Deroß zu zwei Monaten, den Buchhalter Geiß zu drei Wochen und den Buchdrucker Greifenberg zu einem Monat Gefängnis. Die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

— Der nominelle Redakteur der inzwischen eingegangenen „Deutschen Reichsglocke“, Schellenberg, batte am Freitag schon wieder vor der 8. Kriminaldeputation unter der Anklage der Beleidigung des Fürsten Reichskanzlers zu erscheinen. Die Beleidigung basierte diesmal auf einem Artikel in Nr. 48 der genannten Zeitchrift, der eine Fortsetzung der vielbesprochenen Schmähungen dieses Blattes gegen unsern höchsten Staatsbeamten bildete. Die Verhandlung bewegte sich vollständig in dem Rahmen der früher gegen den Angeklagten aus gleicher Anklage geführten, so daß wir uns auf die Mittbeweisung des Urheils beschränken können, welches auf einen Monat Gefängnis lautete. Außerdem wurde dem Fürsten Bismarck die Befugnis zur Publikation des Urteils in mehreren Blättern zugesprochen.

— In dem Bericht eines hiesigen Blattes über den am 20. Jan. verhandelten Prozeß gegen Dr. Rudolf Meyer war mitgetheilt, daß der Genannte sich dahin geäußert: „Herr v. Wedemeyer war von der Wahrheit seiner Behauptungen (daß Fürst Bismarck sich an Gründungen beteiligt) so sehr überzeugt, daß er einmal in einem öffentlichen Lokale ganz laut darüber sprach und mit dem Fürsten v. Lichnowsky und dem Herrn v. Rhaden eine hohe Wette dieser Angelegenheit wegen eintrat.“ Was den Fürsten von Lichnowsky betrifft, so ist die „Post“ ermächtigt, zu erklären, daß derselbe weder mit Herrn v. Wedemeyer, noch mit irgend jemand Anderem eine solche Wette eingegangen ist, respektive über diese Angelegenheit gesprochen hat und daß demnach die obenangeführten Behauptungen jeder Begründung entbehren.

— **Pelplin**, 27. Januar. [Canossa.] Unser Jesuitenblatt widmet dem Canossatage einen Feuilletonartikel. Es heißt in demselben: „Der Kaiser und König vor achtundhundert Jahren ein Büssender.“ Heute, das ist Donnerstag, den 25. Januar, sind über 800 Jahre verflossen, als der deutsche Kaiser und König Heinrich IV. in dem Schlosse zu Canossa seine Buße vor der Kirche begann. Wir sehen dort einen mächtigen Gefründen sich vor Gott, den der derzeitige Papst, der ehrwürdige Gregor VII., der Sohn eines Zimmermanns aus der Savonne, später heilig gesprochen, vertrat, demütigten.“ Hierauf werden nun die einzelnen Kirchenbücher, die Heinrich IV. verrichtete, erzählt. Zum Schluss heißt es: „So wußte der mächtige Kaiser und König den Nacken vor der geistlichen Behörde, der nie besiegt und ewig, und zwar deshalb, weil sie Gott eingesetzt hat, beugen. Mit satanischer Kraft haben die wahnunigen und gewaltigen Wogen der Zeit oft gegen den Felsen Petri geschlagen, um ihn zu erschüttern oder gar zu zerkrümmern. Aber der alte Stuhl steht fest, wie ein Felsen, denn der Wille des Höchsten hält ihn.“ — Ob die Leser des Jesuitenblattes auch alles dies glauben?

— **Breslau**, 28. Jan. In der letzten Stadtverordnetensitzung hat der Magistrat die Fortsetzung der Schlachtfesteuer als Kommunalsteuer für die Zeit vom 1. Januar 1878 bis

in allen Fällen; einzelne Momente sprachen gleichwohl an. Fräulein Ebert hat die „stramme“ Betty schon früher wirkungsvoll gespielt und so auch jetzt wieder. Frau Erdmann zeichnete als Amathusia die alte Jungfer, die das Heirathen verpaßt hat und diesen Fehler nun fühnen will, im Gangen recht hübsch; einzelne Momente, wie z. B. die Standrede über die Titulaturen, welche seitens der höflichen Männerwelt den Damen in gewissen Lebensaltern gegeben werden, hätten vielleicht noch etwas mehr Farbe erzielen können.

Das Stück soll bereits am nächsten Donnerstag wiederholt werden.

K.

* **Ein Pessimist**, ein neues Lustspiel von Ernst Effe, langte in vorgeriger Woche im königl. Schauspielhaus zur Aufführung, sprach aber so wenig an, daß es bereits vom Repertoire abgefeiert zu sein scheint. Die Börs-Ztg. bemerkt über das Stück: „Unser Schauspielhaus besitzt gewiß gute Kräfte für das Lustspiel, aber an diesem Effein mußte alle Kunst zerstören.“ Um Himmelswillen kein Wort über das Stück selbst, welches auf die Zuschauer einen so lärmenden Eindruck ausübt, daß sie dem Attentate gegenüber nicht einmal die entsprechenden Ausdrücke des Unwillens finden können. Die Vorstellung war keine „schöne Leiche“, sondern gleich einem Begräbnis bei Regenwetter.“

* **Wie phantastisch die Sozialdemokraten** sein können! In der letzten Nummer der „Berl. Fr. Presse“, des Organs der Partei, finden wir unter dem Titel: „Eine Spukgeschichte“, die folgende sozialistische Novelle:

I.
Es war am 10. Januar kurz vor Mitternacht. Auf Tivoli feierten 22,000 Demokraten die Wahlsiege des werkthätigen Berliner Volks. Das Hurraufen und der Gesang der Arbeiter-Marschallade erschütterten die Luft. Da erklangen zwölf dumpfe Glöckenschläge an mein Ohr und — plötzlich stand ich am Fußgestell der Reiterstatue des großen Kurfürsten auf der Langen Brücke.

II.
Was erblickten dort meine Augen? War es die Aufruhr des Wahltages, die noch auf meinen Geist nachwirkt, oder war es schauerliche Wirklichkeit; kurz, die vier gefesselten Sklaven rasseln höhrbar mit ihren Ketten und murmelten vernehmlich die folgende dumpfe Wehklage, welche scharf in meine Sinne eindrang: „Noch

zum 1. April 1878 der Stadthaushaltungsetat läuft späterhin wie der Stadthaushaltungsetat vom 1. April bis 31. März beantragt und soll dieselbe wie bisher gegen 9 Prozent Entschädigung von Staatsbeamten eingehoben werden. In den Motiven ist hervorgehoben, daß bei Ablehnung des Antrages, an die direkte Steuerkraft der Einwohner höhere Anforderungen gestellt werden müßten um den Bedürfnissen der Verwaltung gerecht zu werden, der laufende Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 6,770,315 M. ab und um die Ersteren auf diese Höhe zu bringen müssen bei Fortsetzung der Schlachtfesteuer außer den jetzt erhobenen 12 Simpla der Kommunal-Einkommensteuer in Zukunft schon 14 Simpla eingezogen und außerdem noch das Kassengeld um 50 Prozent erhöht werden. Sollte indeß in Zukunft auch die Schlachtfesteuer und die damit zusammenhängende Bier- und Wildpresteuer wegfallen, so würden nicht weniger als 20 Simpla zu erheben sein. Die Finanz- und Steuermannschaft hat den Antrag dringend zur Genehmigung empfohlen und dürfte die Letztere wohl auch kaum zweifelhaft sein.

München, 23. Januar. Durch die Versetzung des bisherigen Direktors des hiesigen Bezirksgerichts an das Appellationsgericht ist eine langswellige Angelegenheit zur Ruhe gebracht und der Stadt München eine ihr gesuchte Genugthuung geworden. Man schreibt darüber der „K. B.“:

Der betreffende Direktor, Dr. Kopp, hat sich in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in den Kämpfen um die Kassation der münchner liberalen Wahlen durch besondere Häufigkeit und haarrüttelnde Rechtsdeduktionen ausgezeichnet und auch bei anderen Wahlprüfungen dasselbe Geschäft fortgesetzt. Natürlich schüttet ihn seine unverantwortliche Abgeordnetenstellung gegen Benachtheitigung in seinen Beamtenlaufbahn wegen dieses Verhaltens, wenn auch die bewiesene Rechtsunkenntniß oder der Nichtgebrauch etwa vorhandener besserer Einsicht aus Partei-Lieberei ihn schwerlich zur Beförderung empfohlen haben mag. Allein Herr Kopp war nicht dabei stehen geblieben, sondern hatte gegen die münchner Gemeindebehörden den ziemlich unverblümten Vorwurf erhoben, daß sie sich in ihrem amtlichen Wirken durch politische Sympathieen leiten ließen. Der münchener Magistrat gab sich dadurch veranlaßt, gegen sich selber eine Disziplinaruntersuchung zu beantragen, um den Herrn Bezirksgerichts-Direktor zum Nachweis seiner Beschuldigung zu bringen oder die Unwahrheit des Vorwurfs festgestellt zu sehen. Auf mehrfache Aufforderung an Herrn Kopp, Beweise für seine Beschuldigung zu erbringen, erfolgte nichts, und das Disziplinarverfahren fiel damit zu Boden. Seitens der städtischen Verwaltung und der Handelskammer verwarnte man sich dann dagegen, mit einem Manne, der solche unbegründete Vorwürfe gegen die Stadtbehörden geschieleutet, noch länger im amtlichen Verkehr stehen zu müssen, weil ihm das Vertrauen fehle. Nach Anhörung des betr. oberrichterlichen Instanz und mit deren voller Zustimmung ist jetzt Herr Kopp aus seiner dirigirenden Stellung, in welcher er das größte Gericht des Landes vertritt, als einfaches Kollegialmitglied in das Appellationsgericht versetzt worden, natürlich mit Vorbehalt seines bisherigen Ranges und Gehaltes. Eine besondere Rücksichtnahme liegt noch darin, daß Herr Kopp an seinem bisherigen Wohnorte belassen worden ist. Bei der Wichtigkeit des Grundgesetzlicher Unabhängigkeit war es gewiß am Platze, das disziplinarische Einschreiten, als welches die Verfolgung auseifellos angesehen werden muß, auf das durch die Umstände unumgänglich gebotene Maß zu befranken. Nach den neuen Justizgesetzen wird übrigens in dieser Materie ein erheblicher Schritt vorwärts für Bayern gemacht, indem die Verfolgbarkeit der Richter durch die Justizverfügung an die Verbedingung eines förmlichen Richterurteils geknüpft wird. Sachlich würde der Koppsche Fall auch in einem solchen Verfahren nicht anders entschieden werden sein; jedenfalls nicht milder.

Oesterreich.

Wien, 25. Januar. Die „Tagespresse“ schreibt:

Die Nachrichten, welche über die Bankverhandlungen der Minister aus Budapest vorliegen, konstatiren die entgegengesetzte, verschönliche Stimmung, welche auf beiden Seiten herrscht, so daß doch in maßgebenden Kreisen die Hoffnung auf eine Verständigung aufdämmert. Graf Andrássy und Baron Wenckheim setzen sich energisch für das Zustandekommen einer Lösung der Bankfrage ein. Welche Form die Lösung gewinnen wird, das läßt sich heute allerdings noch nicht abschöpfen, da es noch gar nicht ausgemacht ist, daß trotz des beiderseitigen guten Willens eine Verständigung erzielt werden wird. In Bankkreisen ist man geneigt, einer direkten Verhandlung der Ministerien mit der Nationalbank Erfolg zu prognostizieren, und es heißt, daß die österreichischen Minister für diesen Fall versöhnlich und entgegenkommend Schritte in Aussicht stellen.

Aus Petersburg schreibt man der hiesigen offiziellen Abendpost, der Krieg sei jetzt unmöglich; es sei dazu noch kein Grund vorhanden, wenn auch die Zurückweisung der mäßigen Forderungen die Konferenzmächte verlebt habe. Zunächst werde man abwarten müssen. Gelinge es der Pforte, Gewaltthaten gegen Christen

sind wir gefesselt, doch ein Glied der Kette, es löste sich am heutigen Tage, Dank Euch, Dank, ihr kräftigen, mutigen Söhne der Arbeit; nur so fort in Zukunft, und es wird kommen der Befreiungstag für uns vier Unglückliche, welche der verlorne Bildhauer Schütter hier hergebracht hat, mit dem Fluche: „Nicht eher sollt Ihr das Leben wieder erhalten, nicht eher sollt Euch die Freiheit wieder lächeln, bis der gesunde Menschenverstand das berliner Volk siegreich durchdrungen hat.“

Eben wollte ich die Brücke wieder verlassen und die Königsstraße hinuntergehen, als ich plötzlich an einem Fenster des alten Schlosses nach der Wasserseite hinaus eine weiße, weibliche Gestalt erscheinen sah, welche dreimal ein lautes marktschütterndes Wehe in die Nacht hinausrief. Dann hörte ich einen dumpfen Fall, ein Plättchen des Wassers und es war wieder ruhig, wie zuvor. Es war die weiße Frau, welche sich aus Verzweiflung in das nasse, kalte Wasser gestürzt hatte.

III.
Und da will man die Sozialdemokraten noch poetisch nennen?

* **Gegessen oder geessen?** Es galt unlängst eine große Wette zwischen zwei jungen Gelehrten Deutschlands, was der Reinheit der Sprache entspreender sei, „geessen“ oder „gegessen“! Adelung's Wörterbuch wurde als Schiedsrichter angeführt und entschied für „gegessen“. Der Ueberwundene zahlte die Wette und legte folgendes Duodlibe bei.

Ich habe mich läßlich gegirret,
Doch hätt' ich niemals gegabt!
Es hat sich die Sprache gegändert,
Sie hat das Gemeine gegadert
Und seit für gegessen gegessen.
Drun sei Dir die Gabe gegoxert,
Nach der Du die Lippen gegößnet.
Sind nun die Berge gegeben,
S' ward mir das Schöpfchen gegentert,
S' haft' Du die Vorbeer'n gegerten,
S' wirst' Du von Allen gegebet,
Und ich von Niemand gegabet,
G' haben die Ogsen gegackt,
Die Söhne die Bäter begerhet,
S' ist die Gedächtnisse gegedet.
Wir müssen gestehen, daß diese Verse sehr hübsch „gearbeitet“ sind.

verbüten, mit Serbien und Montenegro einen billigen Frieden zu schließen, so werde vielleicht die Ruhe erhalten werden, keinesfalls Russland allein vorgehen. Die Heere werden inzwischen verstärkt. General Loris-Melikow kommandiert bereits eine Armee von 130,000 Mann.

Italien.

Anlässlich der angeblichen Urlaubstreise des italienischen Ministers des Innern, Nicotera, ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß im Schooße des Kabinetts Depretis gewisse Missgeschäfte ausgebrochen sind, und daß insbesondere Nicotera aus dem Ministerium ausscheiden könnte. Die italienischen Oppositionsorgane bestätigen diese Meldung und betonen, daß trotz des angeblichen kurzen Urlaubes Nicotera's der Ministerpräsident mittels besonderer königlicher Dekrete mit der interministeriellen Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers des Innern betraut worden ist, was der sonst üblichen Praxis widerspreche. Auch findet das Gerücht, daß in einer der letzten Ministerberathungen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten seien, in der konferten Presse vielfach Glauben. Die „Opinione“ bemerkt in dieser Beziehung: „Wir sind gewiß, daß ein feierliches Dementi auch dieser Gerüchte nicht auf sich warten lassen wird. Dasselbe wird aber diejenigen nicht überzeugen können, welche es ungewöhnlich finden, daß man dem Konzil-Präsidenten und Finanzminister interimistisch das Portefeuille des Innern anvertraut, weil der ehrenwerthe Nicotera auf ein Dutzend Tage von Rom abwesend sein muß. Wenigstens muß man anerkennen, daß die Sache nicht normal ist, und man muß von der Zeit die Auflösung des Rätsels erwarten.“ — Falls der Austritt Nicotera's aus dem Kabinett sich bestätigen sollte, wäre es immerhin möglich, daß die früheren Gegensätze zwischen der mehr fortgeschrittenen Gruppe der süditalienischen Liberalen, als deren Führer Nicotera gilt, und den „Biemontesen“ wieder zur Geltung gelangen.

Man liest im „Fanfulla“: Im Staatssekretariat des Vatikans hat man bereits einen Protest gegen das Gesetz über die Missbräuche der Kultusdiener redigirt. Derselbe wird an alle Mächte geschickt werden, die eine diplomatische Vertretung beim Vatikan haben, sobald das Gesetz promulgirt sein wird.

Frankreich.

Paris, 26. Januar. Die Wahl der Budgetskommission hat sich zu einem vollständigen Sieg Gambetta's gestaltet. Gambetta ist Präsident und hat nach dem Gesagten vollständig die Mehrheit der Kommission in der Hand. In seiner heute gehaltenen Antrittsrede hat er die „Einigkeit der Republikaner“ vor Allem betont; das ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß er erwartet, diese Einigkeit so gehandhabt zu sehen, wie er sie versteht, d. h. sie soll erzielt werden durch Zugeständnisse der Gemäßigten an die Forderungen der Mehrheit des Ausschusses. Jules Simon hat seine erste Niederlage erlitten und die sämtlichen Thieristen mit ihm, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß diese sich alle mögliche Mühe gegeben haben, die Kandidaten der Radikalen zu bekämpfen. Die Bonapartisten haben durchweg für die Gambettisten gestimmt; man hatte versucht, Raoul Duval als Vertreter ihrer Partei in die Kommission zu bringen; er stand sogar im zehnten Bureau auf der radikalen Liste, hat es aber nur auf 11 von 41 Stimmen gebracht. Etwas schwärfere Anspannung der liberalen Forderungen ist die unvermeidliche Folge dieses Ergebnisses; es sprechen aber nach wie vor alle Gründe und Anzeichen dafür, daß Gambetta und seine Freunde das Ministerium keineswegs herausfordern wollen. In der That hat dieser Sieg Gambetta's in den Regierungskreisen sowohl als unter den Anhängern des Herrn Thiers, der Alles aufgeboten hatte, Gambetta und die Gambettisten lobt zu legen, eine wahre Bestürzung erregt. Thiers war heute buchstäblich von Besuchern belagert, die kamen, um ihm ihr Beileid über seine Niederlage und die von Jules Simon auszudrücken. Der Schlag ist um so härter für den greisen Staatsmann, als er mit gewohntem Optimismus auch bis gestern mit aller Sicherheit auf einen Sieg rechnete. Herr Gambetta kam das Misstrauen, das im gegenwärtigen Augenblick die Legitimisten und Bonapartisten den Orleanisten gegenüber haben, zu Statten. Dieselben glauben nämlich, und wie man hört, soll Gambetta es einigen derselben sogar durch Schriftstücke bewiesen haben, daß die Orleanisten mit dem Plan umgehen, sich an die Gewalt zu bringen, und daß Jules Simon diese Bestrebungen begünstigt. Gambetta ist nicht allein wieder Herr im Budgetausschuss, sondern er hat auch das Kabinett in seiner Gewalt, das er jeden Augenblick stürzen kann, weil der größte Theil der Rechten aus den oben angegebenen Gründen in einem solchen Halle mit ihm gehen würde. Das Gambetta die Stellung, die ihm trotz des Aufstretens des Herrn Thiers geblieben ist, missbrauchen wird, ist jedoch vor der Hand nicht zu fürchten, zum wenigsten drückte er sich in der Rede, die er nach seiner heutigen Wahl zum Präsidenten des Budgetausschusses hielt, durchaus versöhnlid aus, und sein Organ, die République Française, welche, natürlich ohne Namen zu nennen, gegen die Intrigen von Thiers, Simon und seine Freunde heftig loszieht, verspricht dem Kabinett die Unterstützung des heute wieder „Allmächtigen“, wenn es eine echt republikanische Politik verfolgen werde. — Nach der „Egalité von Marceille“ antwortete der Marschall MacMahon dem Maire dieser Stadt, Herrn Maglione, auf dessen Einladung, Marceille zu besuchen:

„Die Souveräne pflegen gern zu reisen, um Huldigungen entgegenzunehmen; ich lege aber auf solche wenig Wert und bin lieber auf das Nützliche bedacht. In meiner Jugend — Sie waren damals noch nicht auf der Welt — wohnte ich einer der Neisen Karl's X. durch Zolldringen bei. Er wurde überall mit Jubel empfangen. Die jungen Leute, die weißgekleideten Jungfrauen mit ihren Blumen drängten sich um ihn und bestürmten ihn mit ihren Segenswünschen. Ein Jahr, ach nur sechs Monate nachher entstoh Karl X. in die Verbannung. Ich mache alljährlich nur eine Reise und meine nächste ist schon von den großen Manövern mit Beschlag belegt, denen ich bewohnen muß. Sie werden wahrscheinlich nicht im südlichen Frankreich stattfinden, und darum werde ich dies Jahr nicht nach Marceille kommen können. Ich verspreche Ihnen also nichts, denn was ich verspreche, das halte ich auch.“

Der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses empfiehlt auf Antrag des Abgeordneten Bertholon eine von 87 Bürgern von La Ciotat, einem Hafenorte in der Nähe von Toulon, eingereichte Petition, die auf Vertreibung der Jesuiten und Konfiszation ihres unbeweglichen Vermögens anträgt, dem Justizminister zur Verhöhligung zu überweisen. Die Motive dieses Beschlusses lauten:

In Erwägung, daß die Gefahren, mit welchen der unruhige und

herrschaftliche Geist der Gesellschaft Jesu, der mit dem Glauben, den er zu vertheidigen vorgiebt, nichts gemein hat, die öffentliche Ruhe bedroht, nicht verkannt werden kann; daß diese Gesellschaft seit ihrer Gründung in den Staaten, wo sie Platz griff, immer nur zu Wirren Anlaß gab; daß sie in der neuesten Zeit in offene Feindschaft gegen die Grundlagen unserer Staatseinrichtungen und unseres nationalen Rechtes getreten ist; daß sie ganz unverhohlen danach trachtet, die Regierung der Völker dem theostatischen Despotismus zu unterwerfen, welcher der unerträglichste von allen ist, da er im Namen einer übernatürlichen Gewalt, für deren Vertreter er sich ausgibt, weder die Moral, die er nach Gutedünken trahstir, noch das Recht, die Gewissensfreiheit, die Unvergleichlichkeit der Familie, die Sicherheit der Personen und des Eigentums achtet; daß demnach die Gesellschaft Jesu eine permanente Verschwörung gegen die bestehende Ordnung, eine wahre Gefahr für die Gesellschaft ist; daß ferner, während selbst den Freunden der Regierung das Recht, sich zu den erlaubtesten und friedlichsten Zwecken zu vereinen und zu versammeln, versagt bleibt, eine Gesellschaft, die sich selbst als den unversöhnlichen Gegner der Regierung zu erkennen gibt, unmöglich das Vorrecht haben kann, allein ihre Zweige ausbreiten und ungestrafft ihre verwegene Propaganda durch Vereine und Kongresse betreiben zu dürfen, in welchen man sich viel eifriger mit Politik als mit frommen Werken beschäftigt, in Erwägung endlich, daß die Bittsteller nur die unparteiische Anwendung der Gesetze verlangen, beantragt der schäfe Ausküß, diese Petition an den Justizminister zu überweisen.

Rußland und Polen.

Über die Nachricht der ganz besonders russenfreundlichen Blätter innerhalb und außerhalb der russischen Grenzfähre, daß die Polen freudig erregt seien durch einige Aussicht auf eine Annäherung der Russen und ein gewisses Entgegenkommen der petroffsburger Regierung z. B. in der „Sprachenfrage“ kann man in unterrichteten Kreisen nur lächeln. Das „B Tageblatt“ läßt sich aus Warschau darüber schreiben: Man weiß in polnischen Kreisen nur zu gut, wie wenig für Russland eine Politik der Nachgiebigkeit oder gar des Zurückweichens und Zurücknehmens in das bestehende System paßt, welches sicherlich auch durch einen Sturm von „Pogostats-Adressen“ nicht aus seinen Bahnen gelentzt wird. Nebrigens fehlen doch auch der petroffsburger Regierung bis jetzt noch alle Motive, um einen ernstlichen Umschwung der Polen entdecken, gescheide belohnen zu können.

Über die friedliche Strömung in Petersburg wird der „Deutsch. Ztg.“ berichtet: „In Petersburg hat die friedliche Strömung die Oberhand. Ignatiess hat sich vollkommen auf den Herrnhuter-Standpunkt gestellt und Gortschakoff setzt ihm. Sie predigen Frieden und schließen alle Schande in das neidische Europa, welches den Ruhm der Rajah-Befreiung dem heiligen Russland nicht gönnt und nunmehr die Flinte ins Korn wirft. Den Ausschlag zum Frieden hat aber weder Ignatiess noch Gortschakoff gegeben. Der Friede wurde gemacht im Kabinete des Finanzministers v. Neutern und im Boudoir der Fürstin D. v. Neutern erklärte nach dem letzten Korb, den er sich in Paris von Rothschild geholt, daß er sofort demissionire, wenn er nicht höchsten Orts darüber beruhigt würde, daß in diesem Jahre kein Krieg erklärt werde. Im Boudoir der Fürstin wurde die Dringlichkeit besont, den überreizten Nerven über Sommer Ruhe zu gönnen.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Dem „Pester Lloyd“ ist die nachstehende Note der Pforte zur Veröffentlichung zugegangen, in welcher die türkische Regierung die letzten Forderungen der Mächte definitiv zurückwies. Dieselbe wurde von Safvet Pascha in der letzten Konferenzsitzung verlesen und lautet:

Die Hohe Pforte erachtet einige Vorschläge der fremden Mächte als ihrer Würde derorigend und kann dieselben nicht annehmen. Besonders was die Bildung gemischter Kommissionen betrifft, walten große Schwierigkeiten und Gefahren ob, wenn man jene dreizehn Angelegenheiten in Betracht zieht, welche in den Wirkungskreis dieser Kommission gehören würden. Diese dreizehn Angelegenheiten sind folgende:

1. Die Entscheidung der die aufständischen Provinzen, Städte und Distrikte betreffenden Beschwerden.

2. Die Schaffung eines auf die Wahl der Mitglieder des Distrikts-Medists beigehligen Wahlgesetzes.

3. Die Verwendung des von den Einkünften der aufständischen Provinzen nach Abzug der an das Kaiserliche Aerar zu zahlenden 30 Prozent verbleibenden Theiles zu Gunsten der betreffenden Provinzen, beziehungsweise die Aufsicht darüber.

4. Die Regelung der Justiz in Bulgarien und Anpassung derselben an das neue Distrikts-System.

5. Das die Bildung von Strafgerichtshöfen und Appellations-Divans und die Gleichberechtigung der moslemitschen und nicht-moslemitschen Völker betreffende Gesetz.

6. Bestrafung und Verurteilung jener Individuen, welche nach der Meinung der Konferenz gelegentlich der letzten Mezeleien in Bulgarien nicht gebörig bestraft wurden, wodurch die Thätigkeit der bisherigen Untersuchungs-Kommission gewissermaßen für erfolglos geblieben erklart wird.

7. Das Verbot des Waffentrags für die gesamte Bevölkerung.

8. Die Abschaltung und Erziehung des Schadens, den die nicht-moslemitschen Einwohner der Umgegend von Philippopolis und Taraz-Bazardschik erlitten haben.

9. Mittel zu finden, um unter die ackerbauende Bevölkerung Boden zu verteilen.

10. Die Zurückberufung der bisher Ausgewanderten und die Erleichterung der Niederlassung derselben.

11. Die strenge Prüfung der gegen die Regierung Beamten erhobenen Klagen und die Remedien gegen Missbräuche.

12. Die Zweiteilung der aufständischen Provinzen, für die je ein besonderer Ball zu ernennen wäre; ebenso die Abgrenzung der Kasate und kleineren Territorien.

13. Die je nach Erforderniß vorzunehmende Ausdehnung des den Spezial-Kommissionen zugethaltenen Wirkungskreises.

Die Hohe Pforte protestiert entschieden und energisch gegen diese dreizehn Punkte, da ihre Annahme mit großen Gefahren für die Pforte verbunden ist und auch die Ausdehnung der strittigen Punkte auf Bosnien und die Herzegovina gefordert wird.

Diese Propositionen stehen im entchiedenen Widerspruch mit den Garantien, welche gelegentlich des vorher Friedensschlusses dem türkischen Reiche geboten wurden. Wie gemäßigt auch die Pforte sein möchte, konnte sie diese Punkte dennoch nicht annehmen. Wir setzen voraus, daß die Berufung von Spezial-Instruktoren zur Einübung unserer eigenen Polizei von Erfolg begleitet wird: die Aufnahme von 5000 fremden Soldaten in unser Reich ist jedoch unbereinbar mit der Würde und Stellung der hohen Pforte und den Zielen der Konferenz.

1. Die Anwesenheit der benannten Soldaten wird fortwährende Reibungen und Unruhen verursachen; die Verantwortlichkeit für die hieraus entspringenden Schwierigkeiten wird die Pforte zu tragen haben.

2. Was die Eintheilung Bulgariens in zwei Vilajets anbetrifft, würde hierdurch der gegenwärtige Haß der Volksrassen, den die Hohe Pforte immer zu bejähigen trachtete, neuhebt und gekräftigt werden,

und würden die Grenzen dieser zwei Vilajets nach den Bulgaren festgestellt, so wäre der eine Endpunkt des bulgarischen Vilajets Widdin, der andere Saloniči.

3. Die Dislokation der ottomanischen Truppen in gewisse Festungen ist wohl bei einigen größeren Städten auch jetzt gebräuchlich; würde jedoch diese Dislokation zum Gesetz, so entfiel an anderen Orten das Verfügungsrigh der Pforte über ihre eigenen Truppen.

4. Die Forderung, daß die gemischte Kommission die Verwendung von 70 pct. der Einkünfte der infusgarten Provinzen beaufsichtige, widerspricht ipso facto der Verfaßung, denn hiervor erlischt das Verfügungsrigh der Budget-Kommission über die Einkünfte des Reiches.

5. Daß die Statthalter der fraglichen Provinzen vor Ablauf von fünf Jahren ihrer Stellen nicht entbauen werden können, könnte nur dazu führen, daß dieselben, der Aufsicht des Ministers des Innern entbunden, Unabhängigkeit-Gelüste bekämen.

Auch würde es sich als schädlich erweisen, wenn die Balis und Mutesarris — ob Eingeborene oder Christen — sei es durch Verurtheilung durch die gemischte Kommission oder überhaupt vor Ablauf der fünf Jahre nicht entfernt werden könnten, sowie es auch schädlich wäre, daß sie mit den ihnen untergeordneten Beamten nach ihrem Belieben verfahren könnten. Die hohe Pforte ist nicht gegen die Ernennung von christlichen Beamten, doch wenn sie nicht berechtigt wäre, dieselben im Notfalle zu entfernen, wäre dies gleichbedeutend mit einem Privilegium, das sie über die Verfaßung stellt.

Die Expatriirung der Tscherken, sowie die Vergrößerung des serbischen und montenegrinischen Territoriums sind Punkte, in welche die Pforte unter gar keiner Bedingung je einwilligen wird.

Griechenland.

In der letzten Nummer des in Triest erscheinenden griechischen Blattes „L'Éphémère“ liest man Folgendes: „Wie wir aus vertrauenswürdiger Quelle erfahren haben, hatte unser Premierminister in diesen Tagen eine beachtenswerthe Unterhaltung mit dem englischen Gesandten, bei welcher er diesem Diplomaten aus den Klagen Griechenlands und seiner künftigen Haltung ein Heimlichtum. Auf die von Mr. Stuart an ihn gerichtete Frage antwortete er ungefähr Folgendes:

Da ich den Krieg zwischen Russland und der Türkei als sehr wahrscheinlich betrachte, so halte ich es für meine Pflicht, Europa schon heute wissen zu lassen, daß es sich nicht mehr an uns wenden darf, wenn es Verwicklungen in den griechischen Provinzen der Türkei vermieden zu sehen wünscht. Wir sind ein unabhängiger Staat, wir haben nicht die Absicht, der Türkei den Krieg zu erklären. Aber wenn die Grenzprovinzen, wenn die Bewohner von Kreta zu den Waffen ihre Zuflucht nehmen wollen, darf man von uns nicht verlangen, die Rolle der Gendarmen zu übernehmen; wir werden es entschieden nicht thun. Das einzige Argument, welches wir bei unsern unterdrückten Landsleuten geltend machen könnten, um ihre Ungeduld, sich zu befreien, im Raum zu halten, war, daß wir ihnen sagten, es sei unmöglich, daß Europa nicht auch ihre Leiden in Erwägung nähme. Nachdem jedoch die Konferenz von Konstantinopel diese Hoffnung feierlich Lügen gestraft hat, sind wir jedes moralischen Einflusses auf Sene beraubt und Europa hat es sich selbst zu zuschreiben, wenn Völker, die sich bis jetzt ruhig verhalten haben, sich entschließen, ihre Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen und auf jene einzige Art zu betreiben, welche es ihnen selbst als möglicherweise zum Ziele führend bezeichnet hat.

Der englische Minister schien von dieser aufrichtigen Darlegung etwas überrascht und fragte, ob er dieselbe nicht als Ankündigung eines Frontwechsels, der griechischen Politik betrachten müsse. Herr Kommandourous antwortete, daß die Politik der Regierung die nämliche bleibe, mit dem einzigen Unterschiede, daß sie nicht die gleichen Ergebnisse haben werde, denn das von Europa verlassene Griechenland habe fortan jedes Recht und jedes Mittel verloren, auf die griechischen Bevölkerungen der Türkei einzuwirken.

Hierzu bemerkt die „N. A. Z.“ Folgendes:

Wir möchten unsererseits dazu bemerken, daß Deutschland Griechenland nichts versprochen hat; falls andere Mächte Griechenland gegenüber irgend welche Verpflichtungen über eine Vertretung der Interessen der griechischen Untertanen der Pforte auf der Konferenz eingegangen sein sollten, so fällt den betreffenden Kabinetten auch die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge zu und werden dieelben nun freilich nicht mehr verlangen können, daß die griechische Regierung den hellenischen Stammesgenossen irgendwie hemmend entgegentrete.

Parlamentarische Nachrichten.

* Berlin, 28. Januar. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beendigte gestern die Beratung des Gesetzentwurfs über die anderweitige Einrichtung des berliner Zenghauses. Die Regierungsvorlage erfuhr insofern eine Änderung, als die geforderten 4,330,000 Mark zwar bewilligt, jedoch die Bedingung daran geknüpft wurde, daß die einzelnen Raten jährlich auf den Staatshaushaltsetat zu bringen seien. Nur für das bevorstehende Etatjahr wurde der Betrag gleich in das Gesetz aufgenommen. Dem entsprechend wurde der Vorlage als § 2 eingefügt: „Aus der Summe von 4,330,000 Mark wird für das Etatjahr vom 1. April 1877 bis 1. April 1878 der Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Die in den folgenden Jahren zu verwendenden Beträge werden durch den Staatshaushaltsetat festgelegt.“ Die Regierungsvorlage wandten hiergegen ein, daß die auf den preußischen Kriegskontributionsanteil angewiesenen Ausgaben bisher neben dem Staatshaushaltsetat hergeschlagen seien. Im Allgemeinen ist dies richtig; indeß sind doch bereits 1874 8 Millionen Thaler, welche für Eisenbahnzwecke auf die Kontribution angewiesen waren, in den Etat aufgenommen worden. In vorliegendem Falle erschien dieser Weg besonders deshalb zweckmäßig, weil es bei den vielen und umfassenden Zwecken des Gesetzentwurfs leicht möglich wäre, daß die jetzigen Kostenanschläge sich späterhin als nicht ausreichend erweisen. Müssen die einzelnen Raten jährlich in den Etat gebracht werden, so hat es der Landtag in der Hand, die Entwicklung des ganzen Werkes wirksam zu kontrollieren. In § 1, welcher bestimmt: „Aus den Geldmitteln ... ist die Summe von 4,330,000 Mark zu einer anderweitigen Einrichtung des Zeughauses zu Berlin zu verwenden“, wurde nach den Worten „4,330,000 Mark“ eingefügt: „ur Erwerbung des freien Dispositionsrighs über das Zeughaus zu Berlin“. Hiermit ist ausgesprochen, daß die Ausführung der Vorlage von der Zustimmung des Reichstags insofern mit abhängt, als der Reichstag im Etat die 400,000 Mark als angemessene Entschädigung für das bisherige Mithbenutzungsrecht des Reichs am Zeughause vorher akzeptieren muß. Die Vorlage wurde von der Zentrums-Partei schlechtweg bekämpft; ein Theil der Fortschrittspartei beantragte Reduktion der geforderten Summe um 1,400,000 Mark. Die große Mehrheit der Kommission, darunter auch der Abg. Birkenfeld, entschied sich für die Summe der Regierungsvorlage. Der Vertreter des Kriegsministers wies noch nach, daß aus dem preußischen Kriegskontributionsanteil noch ein Rest von 10,614,000 Mark vorbanden sei, welcher durch die vor einigen Tagen bewilligten 6 Millionen für die Kosten der Grundsteuerregulirung sowie durch die jegliche Vorlage absorbiert werden. Er hob außerdem hervor, daß von den 316 bisher der Staatskasse zugeschlossenen Millionen näher 300 für Schuldenentlastung und sonstige wirtschaftliche Zwecke verwandt seien, so daß die für die Herstellung eines die Entwicklung der Armee wütig veranschaulichenden Waffen-Museums geforderte Summe auf alle Fälle einen sehr geringen Prozentsatz ausmache. Die Kommission beschloß schriftlichen Bericht. Derselbe wird vom Abg. Wehrenpfennig erstattet werden.

* Die Staatsgruppe für die Verwaltung des Ressorts der Landwirtschaft hat jetzt ihre Berathungen beschlossen. Beanstandungen der Staatspositionen sind nirgends vorgekommen. In der Sitzung vom 27. d. gab der Regierungs-Kommissar Minister-Direktor Marckard die erfreuliche Erklärung an, daß die Niederpfort, sowie sie in preußischen Ortschaften aufgetaucht war, als völlig erloschen zu betrachten ist. Uebrigens ist eine vom Landwirtschafts-Minister berufene Konferenz von Autoritäten auf dem Gebiete des Veterinärwesens mit dem Vorstlage vom Maßregeln zur Niederkaltung der Niederpfort beschäftigt.

* In der Berathung der Gruppe für den Kultusset kam am Freitag die bekannte Frage der Domstifter zur Verhandlung. Der Kommissar des Ministers des Inneren erklärte, daß schon in nächster Zeit ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung der sächsischen Domstifter werde vorgelegt werden; Brandenburg dagegen bleibe aufgeschlossen, da es nach Ansicht der Regierung durch Kabinetsordre von 1826 vollständig geordnet sei und sich der Kontrolle des Abgeordnetenhauses entziehe.

Zum Ausfall der Wahlen.

Breslau. Unsere Stichwahlen sind, wie Ihnen bereits bekannt, zu Gunsten der liberalen Parteien ausgefallen, ungeachtet dessen, daß sich im Ostbezirk ein großer Theil der Ultramontanen zu den Sozialdemokraten geschlagen hatte. Die Beteiligung war ungemein rege und betrug ca. 75 p.Ct. der wahlberechtigten Männer. Seitens der Sozialdemokraten ist das Wahlresultat mit einer ganz unerwarteten Ruhe, man kann fast sagen Gleichgültigkeit, aufgenommen worden, nirgends hat man von Aufschreitungen gehört; ich begab mich am 26. d. gegen 8 Uhr Abends in den großen Wiesnischen Saal auf der Nikolaistraße (Breslauer Konzert-Halle) um Zeuge des Eindruckes zu sein, welchen das Bekanntwerden der Wahlen Lassers und Hänels machen würde. Tausende von Arbeitern ic. waren anwesend, die Straße selbst war vom Königspalast bis zum Ringe von einer wogenden Menschenmasse besetzt, aber überall herrschte verhältnismäßige Ruhe und Müchnheit, die erst gegen 10 Uhr durch einzelne Individuen, welche sich auf die Schmerzen ein Glas zu viel angehangen hatten, hin und wieder gestört wurde. Überall genügte jedoch das Einschreiten der Schuhmänner, die auf den belebtesten Straßen und Plätzen allerdings in genügender Anzahl vorhanden waren. Militärische Intervention ist nirgends erforderlich geworden und gehören die Nachrichten der „Schles. Volkszt.“, daß die Artillerie mit Munition verschenkt gewesen sei und jedes Wahllokal von 5 Uhr Abends an mit Infanterie-Piquets besetzt worden wäre in das Reich der Fabel. Thatsache ist, daß das Kürassier-Regiment in Kleinburg und die hier befindlichen Infanterie-Bataillone für den 26. Januar, Nachmittags in ihren Kasernen konsigniert worden sind. Ob die Stichwahlen den endgültigen Schluss dieser Angelegenheit bilden werden, ist allerdings noch sehr fraglich, denn am 27. d. verlautete bereits, daß Hänel abgelehnt habe und Lasker durch eine Deputation hiesiger Bürger zur Annahme bewegt werden solle.

Hanau. Über die hanauer Stichwahl, welche für die Beurtheilung der Parteiverhältnisse sehr interessant ist, theilt man Folgendes mit:

In der Stadt Hanau erhielt der national-liberale Kandidat Weigel 1505, der Sozialdemokrat Frohne 2004 Stimmen, Summa der abgegebenen Stimmen: 3509, Zahl der eingeschriebenen: 4453. Bei der Wahl am 10. Januar wurden Stimmen abgegeben 986 für Weigel, 1648 für Frohne, 655 für Reuter (Fortschritt) 64 für Windhorst (ultramontan), 18 für Graf Solms-Laubach (Deutschkonservativ), zusammen 3371. Frohne hat demnach bei der Stichwahl 356 Stimmen mehr erhalten, als bei der Wahl am 10. Jan. Da angenommen werden darf, daß bei dieser Sozialdemokratie bereits bis zum letzten Mann an der Wahlurne erschien der Zuwachs der Gesamtzahl der Stimmenden von 138 gegen die erste Wahl aber ausschließlich auf Rednung der Südmänner kommt und zu Gunsten Weigels zu zählen ist, so müssen jene 356 Stimmen, welche Frohne mehr erhielt, notwendig aus den Stimmen der Ultramontanen und der alten Demokratie entnommen sein. Die Deutschkonservativen zählen in der Stadt sehr wenig. Da die Zahl der für Windhorst aber auch abgegebenen Stimmen nur 64 betrug, so ist hieraus der beachtenswerthe Schluss zu ziehen, daß neben 300 Mitgliedern der Fortschrittspartei, oder besser gesagt, der alten hanauer Demokratie (beinahe die Hälfte der am 10. Januar stimmbaren) für den Kandidaten der Sozialdemokratie eingetreten sind. Unterzieht man das Wahlergebnis in Bockenheim einer gleichen Beurtheilung, so kommt man auch hier zu einem ähnlichen Schluss.

Nach inzwischen eingeganginem Telegramm hat Weigel 10,012, Frohne 943 Stimmen erhalten. Bei dem Ergebniß fehlt nur noch das katholische Wirtshaus mit 167 Wahlberechtigten, so daß das Resultat definitiv ist.

Hagen. Bekanntlich ist hier Eugen Richter in der Stichwahl gegen den nationalliberalen Kandidaten Meckel gewählt worden. Wie heftig der Kampf war, geht aus den hier veröffentlichten Aufzügen der Parteien hervor. So heißt es z. B. in einem Wahlplakate von nationalliberaler Seite:

Wähler des Kreises Hagen: Ihr müßtet blind, Ihr müßtet total verbissene Oppositionsleute sein, Ihr müßtet zum Gespött von ganz Deutschland werden, wol-tet Ihr jetzt Richter Eure Stimme geben; — das kann nicht sein! Meckel müßt mit einer bedeutenden Majorität aus der Wahlurne hervorgehen, Ihr müßt den Beweis abgeben, daß Ihr frei seid, dem Bestand Gebör gebt, und Euch nicht von Bauernfängern, die Euch durch Irrlichter in einen Sumpf führen wollen, leiten lasst. Also stimmt wie ein Mann für Wilhelm Meckel!

Ein anderes Wahlplakat lautet:

Wo keine Funken sprüh'n — da kein Brod,
Die Waare vom Ausland — bier Hunger und Noth!
Wo der Hammer tönt — das Eisen glüht!
Wo Arbeit ist — da der Wohlstand blüht!
Doch wo Richter und Freihandlung tagt,
Die Arbeit aus dem Land man jagt!
Drum wer nicht Hunger und Elend liebt,
Dem Meckel seine Stimme giebt.

Herr Richter ist nun aber mit Hilfe der Ultramontanen gewählt worden, wie eine den Führern des Zentrums in Berlin zugegangene Depesche meldete, und dafür dürfte nachstehender Wahlaufruf maßgebend gewesen sein:

An die Zentrumswähler!

Bon verschiedener Seite wird das Gerücht verbreitet, es habe eine Vereinbarung zwischen der Zentrumspartei und der nationalliberalen Partei unseres Kreises stattgefunden. Wir erklären hiermit auf das Allerbestimmtste, daß alle dahin gehenden Ausschreibungen rein aus der Luft gegriffen sind. Wir halten vielmehr unter allen Umständen fest an dem unserer politischen Überzeugung am nächsten stehenden und von den hoch verehrten Führern des Zentrums uns mehrfach entschieden empfohlenen Kandidaten Herrn Eugen Richter. Es ist somit die Pflicht eines jeden wahren Zentrumswählers, seine Stimme am 25. Januar nur zu geben dem Landtagsabgeordneten Herrn Eugen Richter.

Das Wahlkomitee der Zentrumspartei
des Kreises Hagen.

Dieser Aufruf wird durch einen anderen ergänzt, der von einem „Wähler der Zentrumspartei“ ausging. Es heißt darin:

„Meckel und Richter sind beide unsere Leute nicht: der Erstere geht nicht nach Canossa, und der Letztere will den Staat in seinen Bestrebungen gegen die Uebergriffe der Hierarchie unterstützen und deshalb haben wir am 10. Januar für keinen von beiden, sondern für Dr. August Reichensperger unsere Stimme abgegeben. Wir sind unterlegen, wie das ja voraus zu sehen war, aber unserer Überzeugung ist Ausdruck gegeben und unsere Stimmen werden den Misionen zugesetzt, welche am 10. Januar fürs Zentrum abgegeben werden sind. Jetzt steht die Stichwahl vor der Thür, und da ist es an uns, von zwei Uebeln das kleinste zu wählen. Ein Mann aber, der in seiner Kandidatenvereinigung erklärt hat, event. der national liberale Fraktion beitreten zu wollen, kann nie der Kandidat der Katholiken sein, eben weil er dieser Fraktion beitreten will. Durch den vor sechs Wochen ausgeführten großen Stoßprung hat die Fraktion allen Kredit bei uns verloren. . . . Wir geben also unsere Stimme am 25. Januar für Herrn Eugen Richter ab, wissend, daß gerade dessen Wahl den „National-Liberalen“ ganz Deutschlands ein Dorn im Auge ist, und wo wir diesen Herren einen „Gefallen“ thun können da lassen wirs nicht. Obwohl wir uns unsere Ansicht bezüglich unseres Verhaltens bei der engeren Wahl schon längst gebildet hatten, so wandten sich doch Mitglieder unserer Partei an die Fraktion des Zentrums in Berlin, um deren Meinung zu hören. Exzellenz Windhorst bat darauf in zwei Briefen, die Schreiber dieser Zeilen selbst eingesehen, erklärt, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen entschieden die Wahl Richters wünsche. Dasselbe sagt unser Kandidat Dr. Reichensperger in seinem Schreiben.“

Daneben finden sich nun aber verschiedene Aufrufe mit der Unterschrift „mehrere katholische Arbeiter“, welche für den national-liberalen Kandidaten Meckel eintraten. In dem einen wird gesagt:

„Wir katholischen Arbeiter haben bei der ersten Wahl unsere religiöse Pflicht mit Freuden erfüllt, indem wir Herrn Dr. August Reichensperger wählten, und unsere Herren Arbeitgeber haben lobend anerkannt, daß wir unserer religiösen Überzeugung treu geblieben sind. Wir haben nicht gesiegt, wie wir dies vorausahnen; aber die große Zahl unserer Stimmen hat uns mit Freuden erfüllt. Bei der engeren Wahl kommt die religiöse Frage nicht so sehr in Betracht, als die wirtschaftliche, und da haben wir die feste Überzeugung, daß der von unseren Herren Arbeitgebern aufgestellte Kandidat, Herr Wilh. Meckel, die Lage der Industrie besser zu beurtheilen und zu verbessern versteht, als Herr Richter; denn sonst würden dieselben als Fachmänner Herrn Wilhelm Meckel nicht aufgestellt haben. Und was unseren Herren Arbeitgebern nutzt, daß kommt auch uns zu Gute. Alle Achtung vor den Herren Windhorst und Reichensperger; aber in wirtschaftlicher Hinsicht glauben wir unsere Bedürfnisse doch besser zu kennen als diese Herren. Mögen Andere anders denken, wir katholische Arbeiter wissen in dieser Beziehung am besten, was uns nützlich ist: Wir haben neben unserer religiösen Pflichten auch die Pflichten guter und gewissenhafter Familien-Ernährer, und deshalb wählen wir am 25. Januar alle Herrn Wilh. Meckel in Elberfeld.“

Der letzterwähnte Aufruf scheint wenig Erfolg gehabt zu haben.

Herford (Westfalen), Herr v. Kleist-Retzow veröffentlicht im „Cons. Volkszt.“ folgenden Dank:

Den treuen westfälischen Männern des Wahlkreises Herford-Halle, welche mich am 10. Januar d. J. in den Reichstag gewählt haben, sage ich auf diesem Wege meinen herzlichen Dank. Verschiedene Verhältnisse machen es mir sehr schwer, eine solche Wahl anzunehmen. Daß Sie mich aber zunächst ohne mein Wissen als Ihren Kandidaten aufstellen und dann gegen meinen ausdrücklichen Willen feststellen und wählen, ist mir ein Zeichen Ihrer großen Liebe und läßt mich in solcher Wahl den Willen unseres Gottes sehen (!), denn ich mich nicht entziehen möchte. So hoffe ich auf seine Hilfe und habe die Wahl angenommen. Kielow, den 16. Januar 1877. H. v. Kleist-Retzow, Oberpräsident a. D.

Karlsruhe. Das Ereignis des Tages ist der bei der engen Wahl im 9. Reichswahlkreise Pforzheim-Durlach-Ettlingen-Gernsbach erfolgte Sieg des von der deutschen konservativen Partei auf den Schild erhobenen extremen Orthodoxen Holzhändlers Kas zu Gernsbach über den nationalliberalen Kandidaten, den Präsidenten der Oberrechnungskammer Staatsminister a. D. Dr. Jolly. Dr. Kas erhielt 10,514, Dr. Jolly 8712 Stimmen. Die „W. Ztg.“ schreibt darüber:

Man wollte es trog der leidenschaftlichsten Gegner der verbündeten Deutschkonservativen, d. h. Pietisten, und Ultramontanen, doch nicht recht für möglich halten, daß ein Mann, wie der gewesene Minister, von so unbestreitbaren Verdiensten für die deutsche Sache wie für das badische Staatswesen, doch begabt als Staatsmann und als parlamentarisch gewandter Redner, gegen ein zwar bürgerlich tüchtigen, aber auf politischem Gebiete durchaus unbekannten, nur zuweilen in Verbindung mit den amerikanischen Gebetsübungen öffentlich genannten Mann schließlich unterlegen könne. Aber es waren ja jedenfalls gerade jene hervorragenden Eigenschaften, welche auf der anderen Seite zu den äußersten Anstrengungen reizten, und wenn selbst frühere Gegner dem gesiedeten Minister jetzt mehr Gerechtigkeit angedenken lassen und ihn im Reichstage zu sehen wünschten, so ist dies bei den politischen Parteien, die ihm bei der Wahl gegenüberstanden, um so weniger der Fall. Diese tragen aus dem einen oder anderen Grunde dem einstigen Leiter unseres Staatswesens ein gerüttelt Maß von Hass nach, wie dies auch in ihren Wahlaufrufen gress und plump genug hervortrat. Der vereinten Koalition der Deutschkonservativen und Sozialdemokraten waren die Nationalliberalen allein nicht gewachsen. Die Sozialdemokraten hatten sich am Wahltag bis gegen 4 Uhr der Stimmabgabe enthalten, dann aber, wahrscheinlich auf inzwischen von auswärts eingetroffene Ordre, ihre Stimmen massenhaft für Kas abgegeben. Professor Brentano in Breslau hatte in einem Briefe an seine Wähler vom 17. dieses Monats nochmals aufgefordert, „wie ein Mann an der Wahlurne zu erscheinen und für Jolly zu stimmen.“ Wir möchten glauben, daß diesem Bunde Brentano's von einem großen Theile seiner Wähler auch willfahrt worden ist, denn in der Stadt Pforzheim selbst fielen auf Jolly 2135, auf Kas 1336 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war diesmal eine viel bedeutendere, als bei der ersten Wahl. Ein großer Fehler war es, daß Dr. Jolly nicht in zwei Wahlkreisen aufgeteilt wurde.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. Januar.

Über die Mandatsertheilung an den Grafen Blaß macht der Lemberger Korrespondent des „Dienstl. Polnischen“ einige Enthüllungen. Danach ist die Ausübung des Mandats an gewisse Bedingungen geknüpft, welche dem Mandatar bei seinen Handlungen so große Beschränkungen auferlegen, daß er nur das blinde Werkzeug seiner Mandanten ist. So darf der Mandatar keinen Schritt thun, ohne sich vorher mit den angefeindeten Mandanten verständigt zu haben. Ein Memorandum über die Verhältnisse in Russisch-Polen soll sogar von den betreffenden Mandanten ausgearbeitet und dem Grafen Blaß fertig zur Mittheilung an die englische Regierung zu gefandt worden sein. Nach einer früheren Mittheilung dieses Korrespondenten ist das in Rede stehende Memorandum in Lemberg redigirt worden. Man darf also hieraus schließen, daß das leitende Komitee für die neuen Operationen der polnischen Aktionspartei seinen Sitz in der Hauptstadt Galiziens hat. Dies wird auch von den polnischen ultramontanen Blättern, welche die Komödie der Mandatsertheilung an den Grafen entschieden missbilligen, behauptet.

Der polnische Preßverein, welcher aus Anlaß der orientalischen Wirren vor Kurzem in Paris ins Leben gerufen wurde, beginnt eine rege Thätigkeit zu entfalten. Außer dem gegen die gegenwärtige Lage in

Russisch-Polen an Europa gerichteten Manifest und außer der bekannten Danfadresse an den Abgeordneten v. Niegolewski hat der Verein bereits zwei französische Flugschriften herausgegeben und verbreitet. Eine mit dem Titel „Traurige Betrachtungen über die Orientfrage“ sucht nachzuweisen, daß diese Frage nur durch die Wiedererrichtung Polens in seinen früheren Grenzen ihre Lösung finden könne und werde. Die zweite Flugschrift, betitelt „Die Verfolgung der Unis in Podlachien“ schildert in übertriebenen Farben die Vorsätze bei der Wiedervereinigung der unteren Kirche Polens und der orthodoxen russischen Staatskirche. Beide Flugschriften, sowie auch das „Manifest an Europa“ waren auch an die Mitglieder der konstantinopeler Konferenz gerichtet worden.

z. Zu dem Berichte über den Verein zur Prämiierung weiblicher Dienstboten, enthalten in Nr. 63 der Posen. Zeitung, haben wir noch hinzuzufügen, daß der Kassenbestand pro 1876 927 M. 95 Pf. betrug, und daß der Kassenbericht von Herrn Oberlehrer Dr. Laves in Vertretung des nicht anwesenden Kandidaten Herrn Kantorowicz, erstattet wurde.

z. W. Alstein. 27. Januar. [Missions-Hilfs-Verein. Viehfrankheiten. Preis der Vereine.] Nach dem so eben ausgegebene Kassenbericht des bietig Missions-Hilfs-Vereins für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dec. v. J. betrug die Einnahme incl. des Bestandes von ult. 1875 von 81,34 M. 54,25 M. Die Ausgabe belief sich auf 506,26 M. Es verblieb demnach ein Bestand von 37,92 M. Unter dem Kindeb von und Wirthen in Mauch im bietigen Kreise ist die Lungenerkrankung gebrochen, und es wurden dieserhalb die Gehöfte derselben für Verkehr mit Kindviele, frischen Kinderhäusern und Rauchfutter freiert. Dieser Tage wurde amtlich festgestellt, daß das einzigste Pferd eines Eigentümers in Obra mit der Rotkrankheit behaftet und es wurde derselbe in Folge dessen getötet und die vorgebrachte Desinfektion eingeleitet. — Auf dem letzten Markttag galten 100 Kilogr. Weizen 19,50 M., Roggen 18,50 M., Gerste 14,50 M., Hafer 16 M., Erben 14 M., Heu 6,50 M. und Stroh 5,60 M. Der Scheffel Kartoffeln wurde mit 4 M. bezahlt.

z. Pinne. 28. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung.] Nach dem so eben ausgegebene Kassenbericht des bietigen Stadtverordnetenkollegiums für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dec. v. J. betrug die Einnahme incl. des Bestandes von ult. 1875 von 81,34 M. 54,25 M. Die Ausgabe belief sich auf 506,26 M. Es verblieb demnach ein Bestand von 37,92 M. Unter dem Kindeb von und Wirthen in Mauch im bietigen Kreise ist die Lungenerkrankung gebrochen, und es wurden dieserhalb die Gehöfte derselben für Verkehr mit Kindviele, frischen Kinderhäusern und Rauchfutter freiert. Dieser Tage wurde amtlich festgestellt, daß das einzigste Pferd eines Eigentümers in Obra mit der Rotkrankheit behaftet und es wurde derselbe in Folge dessen getötet und die vorgebrachte Desinfektion eingeleitet. — Auf dem letzten Markttag galten 100 Kilogr. Weizen 19,50 M., Roggen 18,50 M., Gerste 14,50 M., Hafer 16 M., Erben 14 M., Heu 6,50 M. und Stroh 5,60 M. Der Scheffel Kartoffeln wurde mit 4 M. bezahlt.

z. Pinne. 28. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung.] Nach dem so eben ausgegebene Kassenbericht des bietigen Stadtverordnetenkollegiums für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dec. v. J. betrug die Einnahme incl. des Bestandes von ult. 1875 von 81,34 M. 54,25 M. Die Ausgabe belief sich auf 506,26 M. Es verblieb demnach ein Bestand von 37,92 M. Unter dem Kindeb von und Wirthen in Mauch im bietigen Kreise ist die Lungenerkrankung gebrochen, und es wurden dieserhalb die Gehöfte derselben für Verkehr mit Kindviele, frischen Kinderhäusern und Rauchfutter freiert. Dieser Tage wurde amtlich festgestellt, daß das einzigste Pferd eines Eigentümers in Obra mit der Rotkrankheit behaftet und es wurde derselbe in Folge dessen getötet und die vorgebrachte Desinfektion eingeleitet. — Auf dem letzten Markttag galten 100 Kilogr. Weizen 19,50 M., Roggen 18,50 M., Gerste 14,50 M., Hafer 16 M., Erben 14 M., Heu 6,50 M. und Stroh 5,60 M. Der Scheffel Kartoffeln wurde mit 4 M. bezahlt.

z. Budewitz. 28. Januar. [Mauhausen.] Unter sonst so ruhiges Städte ist seit einigen Tagen der Schauspiel mehrerer tragischen Begebenheiten. Ein Arbeiter aus Gura, welcher nichts um 11 Uhr von nach Hause gehen wollte, wurde unterwegs von 3 Männern überfallen, seiner Tasche beraubt und derartig misshandelt, daß er Schnee liegen blieb. Des Morgens früh fuhr ein Knecht vorbei und erkannte und noch einige Lebenszeichen an ihm merkte, nahm er den Halbstunden auf seinem Wagen und brachte ihn in seine Wohnung. Die Thäter, welche gemeinschaftlich in einem Zimmer der Gneiner Vorstadt wohnten und eines bescholtenen Benswandels sehr längst verdächtig waren, sind bereits, da einer ihnen die Sache selbst verrückt, ins gerichtliche Gefängnis nach Schrodta transportiert worden. Der Nebenklärente, der nur 1 M. 50 Pf. bei sich hatte und die ihm die Räuber aus den Stiefeln gewendet, ist leider seinen Kunden erlegen. — Ein bietiger Knecht, welcher in dem nicht weit von der Bahn gelegenen See führt, schwamm auf dem Eis ein und ertrank. Der Unglückliche ist Vater von Kindern. — Heute früh machte der Ackerbürger P. von hier Leben dadurch ein Ende, daß er sich bei Ankunft des 6 Uhr auf die Schienen warf und von der Maschine übersfahren wurde. Wie man hört, sollen Zwistigkeiten in der Familie das Motiv des Selbstmordes gewesen sein.

Gnesen. 28. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten führte Bürgermeister Machatus zunächst den neu gewählten Stadtverordneten Apold Janusz in sein Amt und teilte sodann mit, daß der Deputationsvorstand die Übernahme des Amtes als Stadtverordneten nicht erhalten.

Die Versammlung beschließt, den Präsidenten des Appellationsgerichts von Schrotter nochmals zu ersuchen, dem Hrn. Tieze den Austritt in die Stadtverordnetenversammlung zu gestatten. Hierauf stellte Justizrat Ellerbeck Bericht über die Erfolge der an den Justizminister Leonhard in Sachen des Landgerichts abgesetzten Deputaten. Gnezen hat eine sehr gefundne Lage, besitzt ein ausreichendes Gerichtsgebäude, ein Gymnasium, eine höhere Töchterschule und gute Elementarschulen. Die Stadt erfreut sich eines regen Verkehrs. Lebens, liegt an zwei Bahnhlinien und fast in der Mitte der Gnezen, Wongrowitz, Breiten und Mogilno; sie ist leicht von andern zu erreichen und endlich früher der Sitz eines Landgerichts. Die Deputirten seien vom Herrn Minister, sowie auch vorher Herrn Oberpräsidenten in abwärts kommender Weise empfangen worden. Man habe die vorgebrachten Gründe gelitten und es sei gewartet, daß die Stadtverordneten den Kandidaten mitgebracht werden. Über die Vertheilung der Landgerichte beraten werden soll. Nebrigen habe der Justizminister mitgeteilt, daß erster dieser Aufschluß an den Vortrag des Herrn Ellerbeck ließ. Bürgermeister Machatus ein bezügliches Antwortschreiben des Chefpresidenten Appellationsgerichts in Bromberg vor, wonach derselbe bereits Jahre 1875 Gnezen für den Sitz eines Landesgerichts in Breslau gebracht hat. Schließlich ließ Herr Ellerbeck die auf dem Stadtverordnetenkongress in Berlin gehaltene Rede vor, in der sich besonders für Verbehalitung des Dreiklassenystems eprochen hat.

Deutsche Roman-Zeitung

Neuer Jahrgang 1877.

Verlag von Otto Janke in Berlin.

Man abonnirt für 3½ Mark bei allen Buchhandl. u. Postanstalten.

Torspreßmaschinen von H. Paucksch.

Bewährte Construction, Vorlage: Größte Einfachheit, billiger Preis, (500 M.) große Leistungsfähigkeit (20,000 Stück in 12 Stunden) bei geringem Kraftgebruch (2 Pferde), zum Frühjahr empfehlen.

H. Paucksch,
Maschinenbau-Anstalt. Eisen-Giesserei und
Dampfkesselfabrik.
Landsberg a. W.

Vertreter für die Provinz Posen:
Ingenieur G. Röhrs, Posen, Berlinerstraße Nr. 10.



Um 26 d. M. verschied nach längerem Leiden die Mitinhaberin unserer Fabrik

Julie v. Romocka

was wir hiermit zur Kenntnis aller Verwandten und Freunde bringen, und bitten hierdurch um stillle Thilnahme.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 30. d. M., Nachm. 2½ Uhr vom Centralbahnhofe aus statt.

N. v. Urbanowski, Posen. **Sig. v. Niegolewski, Niegolewo.**

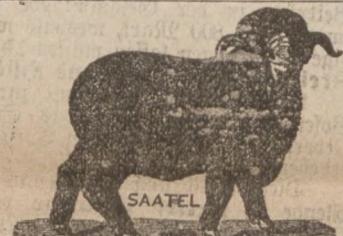
Eine ligende

Dampf-Maschine,

25 Pferdestarkt, nebst Kessel und vollständiger Einrichtung zur Schnellmühle zum sofortigen Abbruch, sind sehr preismäßig zu verkaufen.

Das Nähere ist zu erfahren durch den Baumeister H. Grunwald in Guhrau und den Zimmermeister E. Kühner in Glogau. Ansicht Choryner Forst b. Kosten.

**Dominium Gutsfelde bei Gonzawa stehen
10 fernsette Schweine
zum Verkauf.**



Bollblut-Stammheerde

Gallnau,
(Tochterheerde aus Saatell.)
Der Bock-Verkauf über 60 sprungsfähige Merino-Kammwollböcke beginnt am 22. Februar d. J., Mittags 12 Uhr, nach Tare.

Den selten vortheilhaftesten Aufkauf eines adligen Gutes weist nach

Traebert

in Frankfurt a. Oder.

Ein Hotel

in einer größeren Provinzialstadt der Provinz Posen, im besten Gange, ist veränderungs halber von sofort oder zum 1. April auf 6 Jahre zu verpachten. Zur Uebernahme des selben sind 5000 Thaler erforderlich. Näheres beim Agenten Neumann Lachmann, Jaworazlaw.

Ein rentables Restaurant

(Bergungungs-Dr.) mit Badehaus, Kegelkahn, Schaukel, Turnapparaten etc., ½ Stunde von der Bahn und einer ziemlich bedeutenden Provinzialstadt entfernt, an Chaussee in reizender Lage gelegen, mit ca. 95 Morgen ertragreichem Boden und Wiesen, fast neuen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, mit vollständigem Inventar, steht Verhältnisse halber unter günstigen Bedingungen sofort zum Verkauf. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Im Dörfe Winary, ½ Meile von Posen, nicht an der Posen-Obernitzer Chaussee, ist eine Dampfmühle mit 2 Gängen nebst Zylinder, französische Steine vom 1. April d. J. in gutem Zustand zu verpachten. Näheres beim Eigentümer am Orte.

Piassavafabrikate,
als Besen, Scrubber und Viehfarbdä schen offerirt bei größeren Posten ab Lager. Posen zu ermäßigten Preisen

R. Lesser,
Schwerenz.

Für Fleischer!
ca. 10 Gr. bestes großes Zeitungs-
papier billig bei
Elkeses, Wallischei 7.

Meine Wirtschaft, massives Wohnhaus, Stall und Schenke, ca. 15 Mrq. g. Land, sowie die dazu gehörige Zustande befindliche Windmühle mit gutem Erwerbsbetriebe beabsichtigt frankheitshalber unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen.

Näh. Ausk. erh. Selbstläufer. Kleszczewo b. Kriewen, im Jan. 1877.

Friedrich Mai.

Mein Pensionat und Unterrichtsinstitut für Töchter israel. Familien befindet sich,

Breslau,
Tauenzienstraße 79.
Amalie Thilo,
Pensionats- u. Schulvorsteherin.
Vorsteherin des hies. Damen-Lyceums.

Einen gut erhaltenen

Victoria-Dress
fünfzehnreihig verkauft preiswürdig

R. Lesser,

Schwerenz.

Ein leichter Stadtschlitten ist zu verkaufen Graben 14.

Mit dem 1. Februar d. J. erhöhe einen kräftigen

Mittagstisch
im Abonnement 75 Pf.

G. W. Mewes, Breslauerstr. 30,
Café und Restaurant.

bietet zum Leipziger die neuesten Romane der beliebtesten deutschen Schriftsteller dem Publikum zu eignen. Der neue Jahrgang enthält folgende Romane etc. Das Geheimniß von J. v. Dewall. — Vormund und Mündel von A. Brook. — Für immer verschwunden von George Hill. — Die Moselwege von Philipp Galen. — Die junge Frau von Hans Wachenhusen. — Welte Blätter von Rud. Gottschall. — Liebe auf dem See von P. & Rosegger. — Die schöne Mithal von M. Tokat. — Parcival von A. C. Brachvogel. — Vergeltung von E. Raudorff. — Feuilleton von Robert Schweichel etc. etc.

Louis Gehlen's Haar-Regenerator

stellt grauen und weißen Haaren ihre ursprüngliche Farbe wieder ohne zu beschädigen. Atteste liegen aus. Preis 4 M. 50 Pf. Für Erfolg garantirt **Louis Gehlen**, Friseur und Haarkonservateur, Posen.

Zu haben in allen renommierten Parfumerie-Händlungen.

Beamte jeden Ranges erhalten **Parlehn** sof. bei C. Türl, Bäckerstr. Nr. 18 I. Etg. Sprecht. von 5—7 Uhr Nachm. (1. Eingang). C. Türl.

Drainröhren

bis 6" weit, für solide Drainagen, dünnwändig, scharf gebrannt, die den Erfolg sichern, empfiehlt die Röhrenfabrik

Goldschmidt, Bismarckstr. 1.

R. Bohne, Schwiebus.

Bei größerem Abschlüssen billigte Preise. Proben gratis.

500 Thlr. zu 6 pcf. sucht auf sichere Hypothek, um den angefangenen Bau eines Wohnhauses zu vollenden Personen, welche die genannte Summe verborgen, wollen sich gefälligst direkt an den Eigentümer wenden. Joh. Blotny, Schröda-Markt 9.

**Bon heute ab ver-
kaufe ich Brod-Zucker
das Pfund mit 55 Pf.,
Gewählene Nassfinaide
das Pfund mit 50 Pf.**

Ed. Stiller's Wwe.

Aechten Holländer Käse,
einste Tafelbutter empfiehlt wie-
der und empfiehlt

Rudolph Suter, Bäckerstr. 14.

Gallnau bei Freistadt
in Westpreußen.

Otto Schütze.

Felix Lohr,
Lindenstraße 6, II. Etage.

Die Räume der 1. Etage des Hauses

Markt 68,

gegenüber der neuen Straße, sollen, unter Umständen mit den darin gegenwärtig betriebenen Geschäften, anderweitig annehmbar übertragen werden. Reflectanten belieben sich zu wenden an

G. W. Seele,
Markt 68.

Berloren gegangen
ein Pelztragen von Iltis. Bitte
abzugeben Bäckerstraße 17, im Laden,

gegen gute Belohnung.

3600 Mark
werden auf eine Landwirthschaft zur 2. Stelle hinter Bankgeld gesucht. Offert. erb. unter A Z postl. B. Schröda.

Geschlechtskrankheiten
Syphilis und deren Folgen, Haut- u. Frauenkrankh., Schwächezu-

stände: **Pollut.** Impotenz, auch die veralteten Fälle, heile ich briefflich mit sicherem Erfolg. Die Kur ist ohne Berufstörung und nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen Dr. med. Alz, Berlin, Prinzenstraße 62.

Dominium Gowarzewo
bei Schwerenz sucht in Posen einen

Milchpächter
für circa 40 Kühe. Reflectanten wer- den ersucht, ihre Adressen einzuschicken.

Gärtner.

Primitiv-schlesisches Plaumenmus

in Fässern von circa einem Centner Inhalt, offenbart in größeren und kleineren Posten und nimmt Preisofferten entgegen

C. Richter, Schweinitz,
Reg.-Bez. Siegnitz.

Lehrling.

Zu Ostern d. J. sucht einen Lehrling (mosaischer Confession) Weferitz.

A. Hess'
Buch- u. Papier-Handlung.

Ein Mädchen anständiger Eltern findet am 1. April er. Stellung als Verkäuferin in der Konditorei von

A. Boese
in Birke a. W.

Eine gute Kinder- u. Dienstm. i. Art empf. für sof. **M. Schneider**, Kl. Ritterstraße 12.

Eine gebildete Dame, mosaisch, wünscht die Leitung eines Haushalts und die Erziehung von Kindern zu übernehmen. Näheres in der Exped. d. J. unter der Chiſſe **A. L.**

Als selbstständiger Verwalter für einen größeren Besitz oder eine Herrschaft sucht ein sowohl praktisch lehrbuchiger als sein gebildeter, verheiratheter Landwirth von 30 Jahren, der selbst längere Zeit Besitzer gewesen, zum 1. April oder früher Stellung.

Offerten mit Angabe über Gehalt und Bedingungen nehmen entgegen unter **H. 2205 Hasenstein & Vogler in Breslau.**

Die Hofverwalterstelle auf dem Dom. Alt-Tomfel ist besetzt.

Für mein Stab- und Kurzeisen geschäft suche ich zum Antritt per 15. Februar einen jungen Mann mosaischer Confession als

Gommis,
der mit dieser Branche sowie mit Buchführung vollständig vertraut sein muß.

Marcus Weiser, Santer.

Ein Lehrling mit guter Handchrift findet Stellung bei **Gebr. Buttermilk**, Wilhelmplatz 8.

Ein Ladenfräulein, welches 9 Jahre in einem Handschuh- u. Kurzwaren-Geschäft gearbeitet hat, sucht sofort Stellung. Postl. **G. B. 16.**

Am 1. April kann ein mit den nötigen Kenntnissen versehener junger Mann in meiner Apotheke als

Lehrling eintreten. Einige Kenntniss der polnischen Sprache ist erforderlich.

Gustav Reimann.

Ein unverb. Käsergehülse, deutsch u. poln. sprechend, sucht sofortige Stellung. Gefl. Off. werden an **G. W. Schröder** in Dobrzycza erbeten.

Ein Rechnungsführer, unverb., auch verheirathet, firm im landw. Rechnungsfach, Beaufsichtigung der Hofwirthschaft, Dampfbrennerei und Mühle, sucht vom 1. April ab

Dom. Dzialyn bei Gnesen.

Ein Lehrling, beider Landessprachen mächtig, findet günstiges Unterkommen bei

Marcus Levysohn.

Ein verheiratheter Gärtner, der zugleich gelernter Waschknif ist und seit 3 Jahren eine Dampfdruckmaschine, eine Stärkefabrik nebst ein Mahlgang geführt hat und sehr gute Zeugnisse besitzt, sucht zum 1. April wieder eine Stelle.

Gefl. Adressen bitte zu richten postl. **Goska** N. 6 T. B.

Ein Schweizer (Käser) wird gesucht für Milchabnahme von 100 Kühen Näheres in Neszko b. Schönen, Provinz Posen.

Jamiliens-Nachrichten. Als Verlobte empfehlen sich:

Agathe Asch
Philipp Lipschütz, Schönlanke. **Neustadt b. B.**

Die Verlobung unserer Tochter **Cäcilie** mit Herrn **Max Silberberg** biehstet, beecken sich Verwandten und Bekannten hierdurch statt jeder besonderen Meldung einzutragen.

Grätz, den 28. Januar 1877.

Louis Jacobi u. Frau geb. Joachim.

Durch die Geburt eines Knaben wurden hocherfreut

Jerzyce, 28. Jan. 1877.

Nazar Kantonowicz und Frau.

Am 23. d. M. Abends 6½ Uhr starb an der Lungenerkrankung im Alter von 54 Jahren unser thurer Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der evangel. Kantor und Lehrer

Eduard Krause, was wir tief betrübt hierdurch anzeigen. Besche, am 28. Januar 1877.

Die Hinterbliebenen.

Den heute früh 10 Uhr im 89. Lebensjahr erfolgten sanften Tod meiner guten Mutter, der verw. Landgerichtsräthin **Christiane Wegener** geb. Lehe zeigt hiermit statt jeder besonderen Mel- dung tief betrübt an

Posen, 29. Jan. 1877.

Minna Knebel, verw. Gerichts-Direktor

Sonntag den 28. Januar starb nach langem und schwerem Leid unser lieber Bruder, der Kaufmann **Oscar Brennecke**. Dies zeigt statt jeder besonderen Mel- bliebenen ergebenst an

Brennecke, Hauptmann und Compagnie-Chef im Niederschl. Fuß-Art.-Regt. Nr. 5.